



Geschäftsbericht 2005

Landesvereinigung
Unternehmerverbände
Rheinland-Pfalz
Mainz

Geschäftsbericht 2005

Vorgelegt zur ordentlichen Mitgliederversammlung
am 29. Juni 2006 in Mainz

Inhaltsverzeichnis

Den Schuh weiten, um wieder laufen zu können	3
Aus der Arbeit der Landesvereinigung	4
Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2005	10
Aus der Arbeit der Rechtsabteilung	14
Blickpunkt Öffentlichkeit	16
Schule und Wirtschaft	20
Unsere Landesvereinigung Vorstand, Geschäftsführung und Mitglieder	28

Den Schuh weiten, um wieder laufen zu können

Mit der vorgezogenen Bundestagswahl im vergangenen Jahr wechselten die Farben der Regierungskoalition von rot-grün zu schwarz-rot. Statt eines Kanzlers bestimmt nun eine Kanzlerin die Richtlinien der Politik.

Nicht gewechselt haben die Probleme.

Mehr Wachstum, mehr Reform und wirkliche Haushaltskonsolidierung, das ist der gordische Knoten, den Große Koalition lösen muss.

Wieder Ordnung in die Staatfinanzen zu bringen, das will die Bundesregierung u.a. auch mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer erreichen.

Mit der im Koalitionsvertrag dafür vereinbarten Anhebung zum 1. Januar 2007 von derzeit 16 auf 19 Prozent, kommt jedoch die größte Steuererhöhung in der deutschen Geschichte. Denn drei Prozentpunkte bedeuten eine Steuererhöhung um fast 19 Prozent.

Ein solcher Belastungsschub wäre nur zu rechtfertigen, wenn diese Mehreinnahmen – 24 Milliarden pro Jahr – vollständig dafür verwendet würden, die lohnbezogenen Sozialabgaben und direkten Steuern zu senken. Nicht zu vergessen, ausgabenreduzierende Strukturereformen in den Sozialversicherungen.

Mit keiner anderen Maßnahme lässt sich verlässlicher eine positive Arbeitsmarktwirkung erzielen, als mit einem Abbau der Kosten, die den Faktor Arbeit belasten.

Schon ein Prozentpunkt weniger an Beitrag für die Sozialversicherung bringt bis zu 150.000 zusätzliche Arbeitsplätze.

Die ebenfalls angekündigte so genannte Reichensteuer bringt auch nichts für den

Arbeitsmarkt, geschweige denn deutliche Einnahmeverbesserungen.

Dabei hat sich viel geändert seit dem Herbst – ein leichter Aufschwung scheint sichtbar zu werden.

Jetzt gelten selbst revidierte Wachstumsprognosen von 1,8 Prozent eher als vorsichtig. Dank besserer Konjunktur sind im ersten Quartal von 2006 die Steuereinnahmen um sechs Prozent gewachsen.

Das Staatsdefizit soll zudem schon 2005 gar nicht bei vier, sondern bei 3,3 Prozent gelegen haben – also nur noch knapp über der Maastricht-Grenze, mit deren Erreichen die Große Koalition auch den Mehrwertsteuerschock begründete.

Dauerhaft gelungen ist übrigens der Abbau von Staatsschulden nur in Ländern, die beim Sanieren auf Wachstum setzen und nicht auf höhere Steuern.

Die Große Koalition sollte ihre Mehrwertsteuer-Pläne begraben, so wie der Sachverständigenrat empfiehlt.

Es kann nicht darum gehen, mit dem Begriff vom vorsorgenden Sozialstaat nur mehr Staat generieren. Das bedeutet unter dem Strich mehr an Belastung und damit weniger, um die Wirtschaft anzukurbeln.

Nur wenn der Staat spart, kann der Bürger mehr ausgeben. Es ist notwendig, endlich den Schuh zu weiten, um wieder laufen zu können.

Es hat sich eben viel geändert seit dem vergangenen Herbst, auch wegen der neuen Landesregierung in Rheinland-Pfalz.

Die LVU hatte Ministerpräsident Kurt Beck bereits am Tag nach der Landtagswahl die Glückwünsche der Unternehmer-

verbände zu seinem Wahlsieg ausgesprochen.

Mit diesem Glückwunsch verbinden die Unternehmerverbände die Aufforderung an die künftige Regierung, die Sicherung und den weiteren Ausbau des Industriestandortes Rheinland-Pfalz energisch voranzutreiben und insbesondere Rahmendaten zu schaffen, die es ermöglichen, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Dazu gehört auch auf Bundesebene, eine Gesundheitsreform voranzutreiben, die den Wettbewerb fördert – ohne zusätzliche Beitragslasten und bei Erhalt der privaten Krankenversicherung. Von besonderem politisches Gewicht für eine solche richtige Neuorientierung ist es, wenn sich der wiedergewählte Ministerpräsident unseres Bundeslandes zudem in seiner Eigenschaft als neuer SPD-Parteivorsitzender dafür einsetzt.

Die Unternehmerverbände wünschen der neuen Landesregierung eine glückliche Hand. Sie werden ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik konstruktiv begleiten und sich immer dann zu Wort melden, wenn die neue Regierung in die Gefahr kommt, diese Zukunftsaufgaben des Landes – aus welchen Gründen auch immer – aus dem Auge zu verlieren.

Mainz, im Juni 2006



Dr. Gerhard F. Braun
Präsident Landesvereinigung
Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz

Aus der Arbeit der Landesvereinigung

*Sich seiner Vergangenheit bewusst zu
sein, heißt Zukunft haben.
(Hans Lohberger)*

Schon der LVU-Unternehmertag am 14.06.2005 stand ganz im Zeichen der vorgezogenen Neuwahlen zum Deutschen Bundestag. Nach einer Reihe

der Auflösung des Bundestages. Trotz verfassungsrechtlicher Gegenstimmen gelang dies und Bundespräsident Horst Köhler löste am 21. Juli 2005 den 15. Deutschen

standen. Der LVU-Präsident, Dr. Gerhard F. Braun, nutzte das große Forum des LVU-Unternehmertages im Kurfürstlichen Schloss zu Mainz und die zahlreich er-



Der LVU-Unternehmertag gehört inzwischen zum festen Bestandteil des Berichterstattungskalenders der Medien des Landes. Foto: Benz

von Wahlniederlagen gab die verlorene Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 den Anlass für Bundeskanzler Schröder am 1. Juli 2005 im Deutschen Bundestag eine „unechte“ Vertrauensfrage zu stellen. Verfolgte er damit doch das Ziel

Bundestag auf und die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag fand schließlich am 18. September 2005 statt. Dies alles blieb natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die Landespolitik, zumal im Frühjahr 2006 die rheinland-pfälzischen Landtagswahlen an-

schienenen Medien um die Position der Unternehmer in Rheinland-Pfalz deutlich zu machen. Dabei bewies und beweist die LVU erneut, dass ihre Position vor und nach den Wahlen dieselbe ist, nämlich allein von den Interessen der Wirtschaft und

damit der in ihr arbeitenden Menschen und nicht von parteipolitischen Interessen geprägt. Angesichts der höchsten Arbeitslosigkeit im Lande forderte der LVU-Präsident eine Agenda 2005 mit konkreten Reformen und vor allem konkrete Entlastungen bei den immer noch auf Rekordniveau verharrenden Sozialversicherungsbeiträgen und bei der längst überfälligen Vollendung der Unternehmenssteuerreform.

Der wiederum mit zahlreichen Vertretern der Landesregierung erschienene Ministerpräsident Kurt Beck ging im Einzelnen auf die Forderungen ein und betonte



Dr. Frank Schirmacher Foto: Benz

den Willen zur gemeinsamen Lösung, wenn auch unterschiedliche Ansätze weiterhin deutlich bleiben. Er sagte zu, weiterhin mit der Landesregierung einen Beitrag für die Zukunftschancen des Landes zu leisten, in dem die Rahmenbedingungen verbessert werden. Dabei betonte er die gemeinsame Zielsetzung, die Bürokratie einzudämmen. Ebenfalls als gemeinsame Herausforderung wurde der demografische Wandel begriffen, der zugleich große Chancen biete.

Anlass hierzu war sicherlich auch der Hauptredner des LVU-Unternehmertages 2005, Dr. Frank Schirmacher (Mitheraus-

geber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung), der über das Älterwerden der Gesellschaft und die Notwendigkeit sich hierauf auf allen Ebenen einzustellen, sprach.

Selbstverständlich gibt es auch Kritik an der Landespolitik anzumelden: Nicht zuletzt auf Initiative der LVU war in der Koalitionsvereinbarung der letzten Landesregierung vom 28. April 2001 eine Enquete-Kommission „Zukunft der Arbeit“ eingerichtet worden mit dem Ziel, starre und beschäftigungshemmende Regeln herauszufiltern und Verbesserungen zu schaffen. Zwischenzeitlich hatte sich auch die CDU-Landtagsfraktion dem Auftrag angeschlossen, sich Gedanken über „Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen in Rheinland-Pfalz“ zu machen. Konkret sollten – so der Text der Vereinbarung – „insbesondere für mittelständische Unternehmen Möglichkeiten für flexible Beschäftigungsformen (befristete Arbeitsverträge, Zeitarbeit, flexible Arbeitszeiten, Telearbeit) verbessert werden“. Es sollte u.a. überprüft werden, ob „das Günstigkeitsprinzip (des Tarifvertragsgesetzes) durch eine gesetzliche Regelung erweitert werden soll“. Diese wirtschaftlich vernünftigen und seitens der LVU lange gestellten Forderungen, die von jedem Sachverständigen unterstützt werden, sind in den 4, 5 Jahren Kommissionsarbeit bis zur Unkenntlichkeit verwässert worden. Der Berg hat gekreist und nicht einmal ein Mäuslein geboren. Damit hat die Enquete-Kommission die einmalige Chance verpasst, sich gerade in den Zeiten der Konstituierung an die Bundesregierung mit einem „Vorschlag der Vernunft zur Reform des Arbeitsrechts im Interesse von Mehrbeschäftigung in Deutschland“ zu wenden. Nach 23 Sitzungen sind längst bekannte Tatsachen aufgelistet aber keine notwendigen Schlussfolgerungen gezogen worden. Wir werden an diesem Thema folglich weiter arbeiten, zumal die Schwarz-Rote Bundesregierung hier nahezu untätig zu bleiben scheint.

Gemeinsam setzten sich der LVU-Präsident Dr. Gerhard F. Braun und der Ministerpräsident Kurt Beck über die Mitgliedsverbände der LVU dafür ein, dass die rd. 2.200 Industrieunternehmen des Landes noch mal ihre Anstrengungen verstärken um jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen eine Chance zum Einstieg in den Beruf durch eine qualifizierte Ausbildung zu bieten. Dabei betonten Sie, dass sich in den vergangenen Jahren die notwendige Erkenntnis durchgesetzt habe, dass „Ausbildung vor Übernahme“ gehen müsse, damit möglichst viele Jugendliche und Betriebe zusammenkommen könnten. Die Wirtschaft habe längst erkannt, dass die Zukunft der Betriebe ganz entscheidend von qualifiziertem Nachwuchs abhängt. Allerdings müssten hier die Rahmenbedingungen stimmen, damit sich die Unternehmen durch eine Ausbildung „über Bedarf“ nicht übernehmen. Dies würde im Ergebnis niemand etwas nützen.

Diese wichtige Zukunftsaufgabe des Landes, seiner Wirtschaft und seiner Menschen wurde wiederum in den Treffen des sog. „Ovalen Tisches“ des Ministerpräsidenten, der zuständigen Fachminister, der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und den Spitzen der Wirtschaft intensiv weiter verfolgt. Die LVU war hierbei stets durch den Präsidenten und ihren Hauptgeschäftsführer vertreten.

Wir haben dabei stets betont, dass der Hilfsansatz erst bei der Suche bzw. dem Angebot eines Ausbildungsplatzes häufig zu spät kommt. Aus den Erfahrungen unserer ganz hervorragend bewährten 30 Arbeitskreise in unserer Landesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT* konnten wir auch deshalb unsere Initiative eines verpflichtenden Betriebspraktikums für alle Lehramtskandidaten beim Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur platzieren. In einer ge-

meinsamen Kommission haben wir ein vielversprechendes Konzept entwickelt, das gewährleisten soll, dass die rd. 3.000 Referendare ab dem Jahre 2007 ein zunächst 14tägiges Betriebspraktikum in den Unternehmen des Landes absolvieren können aber auch müssen. Dabei haben wir z.B. durchsetzen können, dass als erste „selbständige Leistung“ der angehenden Lehramtskandidaten vorausgesetzt wird, dass sie sich selbst einen Praktikumsbetrieb suchen. Die LVU mit ihren Mitgliedsverbänden wird über Zweck und Inhalt der Praktika in den Mitgliedsbetrieben informieren und damit den Boden für den Erfolg des Projektes bereiten. Wir haben das Ziel, die angehenden Lehrer möglichst im Ausbildungsbereich der Firmen einzusetzen, damit sie unmittelbar erleben, welche Voraussetzungen für die Aufnahme einer Berufsausbildung notwendig sind. Dies kann helfen, das gegenseitige Verständnis zu erhöhen und Defizite in der vorbereiteten Schulausbildung der angehenden Lehrlinge auszugleichen.

Unsere Landesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT* war auch über das neue Betriebspraktikum für Lehramtskandidaten hinaus intensiv in der Lehrerfortbildung tätig. Fast 2.000 Lehrer wurden an nahezu 80 Tagen ausgebildet und fünfzigmal haben die Arbeitskreise Schule und Wirtschaft getagt.

Es bestand aber durchaus auch Anlass, den Blick über die Landesgrenzen hinaus zu wenden. Bereits seit dem Vorjahr begleitete uns die Notwendigkeit, die drohende EU-Richtlinie zur Chemikalienpolitik zu bekämpfen. Es handelt sich um eine Verordnung der europäischen Kommission über die Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien („REACH“). Dazu mussten wir zunächst sogar in den eigenen Reihen der Mitgliedsunternehmen deutlich machen, dass es sich hierbei keineswegs um ein isoliertes Problem der Chemie-

industrie handelt, so bedeutend diese auch für Rheinland-Pfalz ist. Vielmehr kommen aus dieser Verordnung Untersuchungen und Nachweispflichten für jedes Unternehmen zu, da kaum noch eine industrielle Produktion stattfinden kann, ohne chemische Stoffe einzusetzen. Selbst wenn dies nur wenige Kilo sind, hätte die zunächst geplante REACH-Verordnung den Betrieben nahezu unüberwindbare bürokratische Hürden in den Weg gestellt.

Es ist uns in gemeinsamer Anstrengung mit allen Organisationen der deutschen Wirtschaft gelungen, die Richtlinie schließlich auf einen annehmbaren Kompromiss zurückzuführen.

Dasselbe Ziel haben wir auch mit den EU-Richtlinien zur Antidiskriminierung verfolgt, die die Rot-Grüne Regierung in einem sogenannten „Antidiskriminierungsgesetz (ADG)“ noch weit übertreffen wollte. Hier konnten wir – bisher – auf die Zu-

sage des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck setzen, dass das ADG nicht über die EU-Richtlinien hinausgeht, also eine 1:1-Umsetzung angestrebt wird. Ein Zwischenerfolg war, dass auch mit der Unterstützung der rheinland-pfälzischen Stimmen im Bundesrat erreicht werden konnte, die Verabschiedung des ADG im 15. Bundestag zu verhindern. Damit fiel der Gesetzesentwurf der sogenannten Diskontinuität des Bundestages anheim, d.h., dass es in den neuen (16. Bundestag) neu eingebracht werden musste. Auch danach haben wir das Interesse der Wirtschaft weiter verfolgt, keine zusätzlichen bürokratischen Hürden aus einem übertriebenen Antidiskriminierungsgesetz zu schaffen. Leider zeichnet sich ab, dass die Schwarz-Rote Regierung in dem nunmehr sogenannten „Gleichstellungsgesetz“ immer noch beabsichtigt, die sogenannte „Antidiskriminierung“ um zusätzliche Kriterien auszuweiten, ohne dass hierzu aus der Praxis irgendwelche Notwendigkeiten bestehen.



Die europäische Chemikalienpolitik war mit sozialpolitischen Themen einer der Schwerpunkte bei den Gesprächen des LVU-Vorstandes mit EU-Parlamentariern unseres Bundeslandes in der Brüsseler Vertretung von Rheinland-Pfalz.

Foto: Fielstette

Seit Jahrzehnten bekennt sich die Deutsche Wirtschaft zur Vielfalt der Lebensanschauungen und bemüht sich nach Kräften, eine unsachliche Ungleichbehandlung zu vermeiden. Nicht mehr und nicht weniger ist aber bereits seit 1949 die Forderung aus der deutschen Verfassung in Artikel 3 GG. Im Gegenteil ist die aktuelle Behandlung des Themas Antidiskriminierung bzw. Gleichstellung ein weiteres schlechtes Beispiel dafür, dass seitens der Politik stets Bürokratieabbau gefordert aber in Wahrheit bürokratische Hürden aufgebaut werden. Hier weiter dicke Bretter zu bohren und für mehr Freiheit in der Wirtschaft zu sorgen, ist eine der vornehmsten Aufgaben der LVU.

Folgerichtig fand am 18. und 19. April 2005 eine Reise des LVU-Vorstandes unter Führung des Präsidenten Dr. Gerhard F. Braun nach Brüssel statt, an der 17 Teilnehmer aus den Vorständen und Geschäftsführungen unserer Mitgliedsverbände teilnahmen.

Die Geschäftsstelle hatte gemeinsam mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Bundesvereinigung der Deutschen Industrie (BDI) und dem Brüsseler Büro des Verbandes der chemischen Industrie (VCI) ein ausgesprochen informatives und qualifiziertes Programm zusammengestellt. In der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Europa konnten wir von dem dortigen Leiter, Herrn H. J. Günther, Geheimnisse aus dem Nähkästchen der Europapolitik aus erster Hand erfahren, die für unsere zukünftige Arbeit nützlich sein werden. Am Rande soll nicht unerwähnt bleiben, dass Herr H. J. Günther einen Teil seiner beruflichen Ausbildung bereits in den 70er Jahren bei der LVU in Mainz als Referendar absolviert hat. Die weiteren Gesprächspartner waren vor allem die rheinland-pfälzischen EU-Abgeordneten, die sich insbesondere mit der EU-Chemikalienpolitik, der Dienstleistungsrichtlinie und der Fusionsrichtlinie



befassten, nämlich MdEP Dr. Werner Langen, Kurt Lechner, Erika Mann, Thomas Mann und Hartmut Nassauer. Seitens der europäischen Kommission Generaldirektion „Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit“ sprachen wir mit Dr. Bernhard Jansen. Die Leiterin des Brüsseler Büros der BDA Prinzessin Alexandra-F. zu Schoenaich-Carolath haben wir über die Lobbyarbeit der BDA in Brüssel einschließlich der Mitarbeit in den Gremien



des europäischen Wirtschafts-Dachverbandes UNICE gesprochen und uns durch das Brüsseler Büro des VCI auf den aktuellen Stand zur EU - Chemikalienpolitik bringen lassen. Abschließend sprach der Leiter des Referates Arbeit und Soziales der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, Dr. Eckart Hagen und diskutierte mit unserer Delegation die aktuellen Gesetzgebungsvorhaben. Für alle Teilnehmer erwies sich die Reise nicht nur als Informationsgewinn, sondern als eine außergewöhnliche Möglichkeit, dass persönliche Netzwerk für die betriebliche und verbandliche Arbeit auszubauen.



Aufmerksame Zuhörerin beim Firmenrundgang bei der Karl Otto Braun KG in Wolfstein (KOB) sowie in Gesprächen mit KOB-Mitarbeiterinnen und -auszubildenden, Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Fotos: KOB

der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, Dr. Eckart Hagen und diskutierte mit unserer Delegation die aktuellen Gesetzgebungsvorhaben. Für alle Teilnehmer erwies sich die Reise nicht nur als Informationsgewinn, sondern als eine außergewöhnliche Möglichkeit, dass persönliche Netzwerk für die betriebliche und verbandliche Arbeit auszubauen.

Auf regionaler Ebene haben wir in den Kommissionen des EURES-Transfrontalier Saar-Lor-Lux (Saarland, Lothringen, Luxemburg) mitgearbeitet, um die Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Arbeitsverhältnisse in den drei Nationen zu verbessern.

Den breiten Dialog mit allen meinungsbildenden Institutionen und Einrichtungen der Gesellschaft haben wir weiter fortgesetzt. Ein vorzügliches Beispiel hierfür ist unsere Gesprächskultur mit den Kirchen im Lande. Wie bereits zuvor mit den Spitzen der katholischen Kirche haben wir sei-



LVU-Vizepräsident Ulrich Pitkamin, Ministerpräsident Kurt Beck (Mitte) und BDA-Präsident Dr. Dieter Hundt (rechts) hatten es übernommen, die Glückwünsche

tens des LVU-Vorstandes am 11.03.2005 eine Begegnung mit den evangelischen Kirchenpräsidenten im Unternehmen des LVU-Präsidenten, der Fa. Karl Otto Braun in Wolfstein gehabt. Angesichts der konkreten Produktionsbedingungen und Information über die wirtschaftliche Situation aus erster Hand konnten erfolversprechende gemeinsame Positionierungen verabredet werden.

Zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz haben wir die Position der Wirtschaft unter dem Titel „LVU-Positionspapier zur Landtagswahl“ allen Kandidaten und Parteien sowie einer breiten Öffentlichkeit bekannt

gemacht. Nach dem überraschenden Ausgang der Wahl am 26. März 2006, aus der eine absolute SPD-Mehrheit unter der Führung von Ministerpräsident Kurt Beck hervorging. Wir werden unsere klare Linie im Interesse unserer Mitglieder fortsetzen.



In Zusammenhang mit der Landtagswahl soll der Besuch von Bundeskanzlerin Merkel in der Firma des LVU-Präsidenten in Wolfstein am 23. Februar 2006 mit dem CDU-Spitzenkandidaten Dr. Christoph Böhr nicht unerwähnt bleiben. Im Blitzlichtgewitter der Fotokameras und umgeben von einem Schwarm von Fernsehkameras und Reportern war das gesamte Medieninteresse auf die Bundeskanzlerin und ihre Delegation aber damit vor allem auch auf die Firma Karl Otto Braun gerichtet.

Nicht zuletzt mit den „Besonderheiten“ einer besonders hohen Frauenbeschäftigungs-Quote von 60,2 % und einer vorbild-

lichen Ausbildungs-Tätigkeit konnte das Unternehmen punkten.

Ein Beispiel für unsere Mitarbeit auf Bundesebene gemeinsam mit der BDA ist die Reform des Pensions-Sicherungs-Vereins (PSVaG) einer Selbsthilfeeinrichtung



der zahlreichen Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und öffentlichem Leben zu überbringen. Fotos: Benz

der Wirtschaft. Der PSV wurde seinerzeit gegründet, um im Falle des Konkurses bzw. nunmehr der Insolvenz die Pensionszahlungen an die Mitarbeiter der notleidenden Unternehmen sicherzustellen (Der Fall AEG ist noch vielen in – unrühmlicher – Erinnerung). Inzwischen hat sich aber – leider – die jedes Jahr wiederum zigtausendfache Zahl (zuletzt über 43.000) der Insolvenzen besonders mittelständischer Unternehmen in der Bilanz des PSV negativ niedergeschlagen. Es droht durch das allmähliche Eintreten der ehemaligen Mitarbeiter längst in Insolvenz gegangener Unternehmen eine Deckungslücke von 2,2 Mrd. Euro. Wenn es in den Gründungsjah-

ren wohl richtig war, keine Liquidität aus den Unternehmen in einen Kapitalstock des PSV abfließen zu lassen, so erweist sich das übernommene Umlageverfahren jetzt als Nachteil, da von den „ausgeschiedenen“ Unternehmen heute die notwendigen Mittel fehlen. Deshalb soll das von der Regierung geplante Betriebsrentengesetz ein kapitalgedecktes Auffangnetz für die betriebliche Altersversorgung knüpfen. Wir haben zu dessen Ausgestaltung durch intensive Beratungen mit unseren Mitgliedsunternehmen und in den Gremien der Spitzenverbände bis hin zur BDA intensiv beigetragen. Gemeinsam haben die Arbeitgeber nunmehr 15 Jahre Zeit, um die Altlasten abzutragen und gleichzeitig für zukünftige Insolvenzfälle eine entsprechende Kapitalrücklage im PSV zu bilden. Durch entsprechende zinspolitische Begleitmaßnahmen kann die Belastung der mittelständischen Wirtschaft so in annehmbaren Grenzen gehalten und zugleich der Schutz durch den PSV aufrecht erhalten werden.

Es ist durchaus unser Ehrgeiz, als Stimme der freiwillig organisierten Wirtschaft in Rheinland-Pfalz sowohl gegen kritisch konstruktiver Partner der Landesregierung und gesellschaftlich relevante Kraft zu wirken als auch in der veröffentlichten Meinung eine gewichtige Rolle zu spielen. Beispielfhaft sei hier die Wirkung des „guten alten Dampfradios“ genannt. Oft unterschätzt erreicht der größte Privatsender in Rheinland-Pfalz mit 270.000 Hörern pro Stunde (sic!) mehr Empfänger, als die größte Tageszeitung des Landes an Auflage produziert. Mit rd. 100 „Auftritten“ der LVU allein in den elektronischen Medien wird unser Anspruch „Die LVU ist der Sprecher der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz“ zutreffend dokumentiert.

Es bleibt unsere Herausforderung, diesem auch in Zukunft gerecht zu werden. Dies kann uns aber nur gelingen, wenn wir weiterhin das Vertrauen unserer Mitglieds-

verbände und deren Unternehmen genießen. Ganz entscheidend kommt es jedoch darauf an, dass wir uns in jeder Äußerung und am besten unmittelbar in der Präsentation auf ehrenamtliche Vertreter in den Verbandsorganen als Protagonisten der Wirtschaft stützen können. Allein so ist gewährleistet, dass authentisch die Position der Unternehmer und Unternehmen in Rheinland-Pfalz geäußert wird. Unsere professionelle Dienstleistung zum Erreichen dieser Ziele möchten wir gern weiter erbringen und bedanken uns für das uns hierbei entgegengebrachte Vertrauen und wollen diese auch in Zukunft rechtfertigen.

Nicht zuletzt jedoch am Ende gibt es Personalien zu vermerken. Der Präsident der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU) Herr Dr. Gerhard F. Braun, der kurz zuvor erneut in das BDA-Präsidium gewählt wurde, konnte am 25. November 2005 sein 50. Lebensjahr vollenden.

Die LVU hat ihrem großen Dank an Herrn Dr. Braun Ausdruck gegeben in einer Geburtstagsfeier, zu der sich ein hervorragender Kreis von Repräsentanten des öffentlichen Lebens aus Politik, Wirtschaft und öffentlichen Einrichtungen unter großer Anteilnahme der Medien im Kurfürstlichen Schloss zu Mainz am 1.12.2005 zusammengefunden hat. Darunter waren u.a. der BDA-Präsident Dr. Dieter Hundt und der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck, die lobende und anerkennende Worte fanden, wovon durchaus ein wenig Glanz auf die LVU abfiel.

In aller Stille wurde der langjährige ehemalige Hauptgeschäftsführer der LVU, Herr Dr. Günther Herzog, am 19. März 2006 in Neustadt/Weinstraße beigesetzt. Er starb kurz vor Vollendung seines 81. Lebensjahres.

Wir haben mit ihm eine großartige Persönlichkeit verloren, die deutschlandweit

größte Hochachtung und Anerkennung in der Wirtschaft und ebenso in der Politik wie in der Öffentlichkeit erfahren hat. Die LVU wird seiner stets in Dankbarkeit und Verehrung gedenken.



Dr. Günther Herzog Foto: Archiv

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2005

*Die Wirtschaft ist das Flussbett der Geschichte.
(Edward Heath)*

Das Bruttoinlandsprodukt, also die Summe der in Rheinland-Pfalz erwirtschafteten Güter und Dienstleistungen, ist im vergangenen Jahr leicht angestiegen. In jeweiligen Preisen stieg das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz um 1,2 Prozent und erreichte damit in etwa den Bundesdurchschnitt von 1,3 Prozent. Die höheren Preissteigerungen im rheinland-pfälzischen Branchen-Mix haben jedoch das reale Wachstum im Vergleich zum Bund etwas gedämpft. So hat sich das BIP in Rheinland-Pfalz im Jahre 2005 gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt nur um 0,6 Prozent erhöht. Damit lag das Wirtschaftswachstum unter dem Bundesdurchschnitt von plus 0,9 Prozent bzw. plus 1,1 Prozent in den Alten Ländern. Dies beruht vor allem auf dem kräftigen Rückgang der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Baugewerbe (Rheinland-Pfalz: minus 8,1 Prozent, Deutschland: minus 3,8 Prozent). In den Vorjahren waren die Umsatzrückgänge im rheinland-pfälzischen Baugewerbe deutlich geringer ausgefallen als im Bundesvergleich.

Der Gesamtwert der im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz erstellten wirtschaftlichen Leistungen betrug 97,5 Milliarden Euro.

Das verarbeitende Gewerbe hat mit seinem boomenden Exportgeschäft wieder einen wesentlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum im Lande geleistet. Mit plus 2,6



Die Chemie war 2005 sowohl der umsatzstärkste Wirtschaftszweig in Rheinland-Pfalz als auch die Branche mit der höchsten Exportquote.

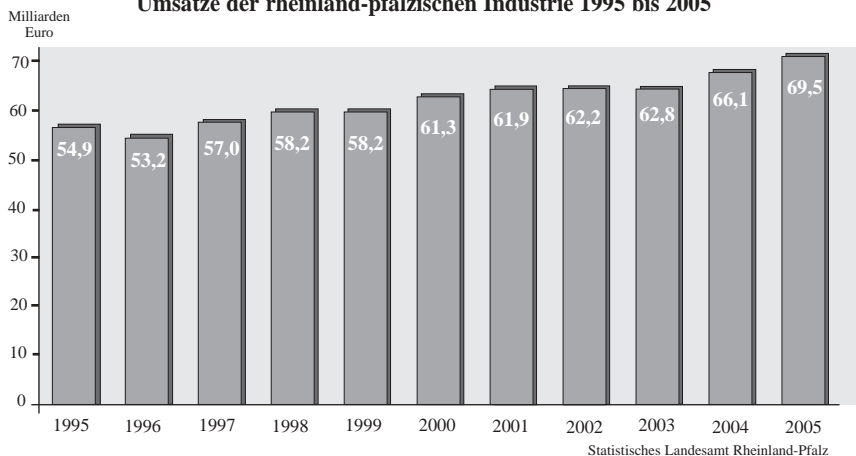
Foto: Chemieverband

Prozent blieb der Wertschöpfungszuwachs preisbereinigt dennoch auch hier unter dem Bundesdurchschnitt von plus drei Prozent. Da auch in den Bereichen Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Energie- und Wasserversorgung – bedingt unter anderem durch Wartungsarbeiten an Kraftwerken – ein Rückgang festzustellen war, ergibt sich für das produzierende Gewerbe insgesamt nur ein geringer Zuwachs um 0,7

Prozent. Für Deutschland betrug der Wert dagegen 1,7 Prozent. Auch in der Land- und Forstwirtschaft war in Rheinland-Pfalz ein kräftigerer Rückgang als im übrigen Bundesgebiet festzustellen. Dieser Sektor macht jedoch nur 1,4 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistung aus.

Der umsatzstärkste Wirtschaftszweig war mit knapp 22 Milliarden Euro (plus 5,2 Prozent) die chemische Industrie. Die Chemie-

Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie 1995 bis 2005



industrie erreicht in Rheinland-Pfalz mit 62,2 Prozent zugleich die höchste Exportquote innerhalb des verarbeitenden Gewerbes, gefolgt vom Maschinenbau mit 59 Prozent und dem Fahrzeugbau mit knapp 55 Prozent.

Der Fahrzeugbau verzeichnete mit einem Plus von 11,2 Prozent gegenüber 2004 eine Umsatzsteigerung auf 11,1 Milliarden Euro. Die Metallbranche und der Maschinenbau meldeten Zuwächse von 8,6 bzw. 7,4 Prozent.

Diese vier Branchen vereinen rund zwei Drittel des gesamten Industrieumsatzes in Rheinland-Pfalz auf sich.

Insgesamt erwirtschaftete die rheinland-pfälzische Industrie 2005 einen Umsatz von mehr als 69 Milliarden Euro und hat damit das Rekordergebnis von 2004 nochmals um 5,1 Prozent übertroffen. Der Umsatz lag um gut 16 Milliarden Euro höher als im Jahre 1996.

Das deutlichste Umsatzplus erzielten dabei die Unternehmen der Tabakverarbeitung mit 13,5 Prozent. Der Fahrzeugbau erreichte ein Umsatzplus von 11,2 Prozent, die Unterneh-

men der Metallerzeugung und -bearbeitung von 11,1 Prozent und die Hersteller von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung 11,0 Prozent. Signifikante Umsatzrückgänge mussten hingegen das Bekleidungs-gewerbe mit minus 8,6 Prozent und das Holzgewerbe mit minus 8,4 Prozent hinnehmen. In der Recycling-Branche gingen die Umsätze um sechs Prozent zurück.

Das Umsatzwachstum in Rheinland-Pfalz lag damit über dem Bundesdurchschnitt von 4,6 Prozent.

Maßgeblich bestimmt wurde dieses Ergebnis auch 2005 vom Export, wo der Umsatz

Wirtschaftszweig	Umsatz in 1.000 Euro	Veränderung 2005 gegenüber 2004
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	21.895.061	5,2
Fahrzeugbau	11.061.133	11,2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	7.335.922	8,6
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	6.510.935	0,8
Maschinenbau	6.059.288	7,4
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	4.138.464	4,7
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	3.408.408	0,7
Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	2.647.305	-3,1
Büromaschinen, DV-Geräte, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	2.715.739	5,5
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren etc; Recycling	1.180.820	-3,6
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	1.075.687	-8,4
Ledergewerbe		
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Steine und Erden	69.478.294	5,1
Bergbau, Steine und Erden	321.749	4,7
Verarbeitendes Gewerbe	69.156.545	5,1



Jeder fünfte Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz ist direkt oder indirekt mit dem Auto verbunden. Der Fahrzeugbau gehört damit zu den wichtigsten Branchen im Land. Foto: Opel

mussten hingegen die Hersteller von Rundfunk- und Nachrichtentechnik hinnehmen. Hier sanken die entsprechenden Umsätze um 28,2 Prozent.

Trotz der Umsatzzuwächse ging die Zahl der Beschäftigten in den Industriebetrieben weiter zurück, was mit einer überproportional gestiegenen Arbeitsproduktivität einherging. Im Dezember 2005 gab es in der rheinland-pfälzischen Industrie 271.663 Arbeitnehmer und damit 2,7 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Im Durchschnitt des Jahres 2005 errechnet sich bei den Beschäftigten ein Minus von 2,4 Prozent. Deutschlandweit sanken die Beschäftigtenzahlen in der Industrie um 1,5 Prozent.

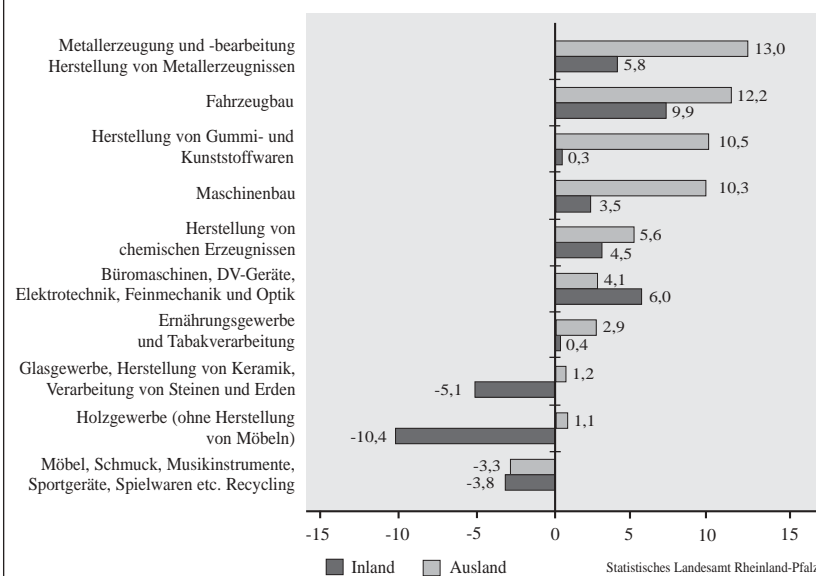
Den deutlichsten Rückgang in den Beschäftigtenzahlen musste dabei das Bekleidungs-gewerbe mit minus 15,6 Prozent verzeichnen. In der Schmuck- und Ledererzeugung waren in 2005 jeweils rund zehn Prozent weniger Menschen beschäftigt als im Jahr zuvor. Ein Plus von rund fünf Prozent

um 7,6 Prozent auf 32,6 Milliarden Euro zulegte. Das entspricht einer Exportquote von 46,9 Prozent. Diese liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 40,6 Prozent. Somit ist auch die Exportquote in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen: Seit 1997 bereits um gut fünf Prozentpunkte. Gründe für die gute außenwirtschaftliche Entwicklung waren das Wachstum der Weltwirtschaft sowie die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen verbessert hat.

Der Inlandsumsatz wuchs gegenüber 2004 um drei Prozent.

Gegenüber dem Vorjahr gab es im Fahrzeugbau ein Umsatzplus im Exportgeschäft von 12,2 Prozent, bei der Metall- und Elektroindustrie sogar von 13 Prozent. Deutliche Einbußen im Auslandsgeschäft

Inlands- und Auslandsumsätze ausgewählter Wirtschaftszweige der rheinland-pfälzischen Industrie 2005
Veränderung gegenüber 2004 in Prozent



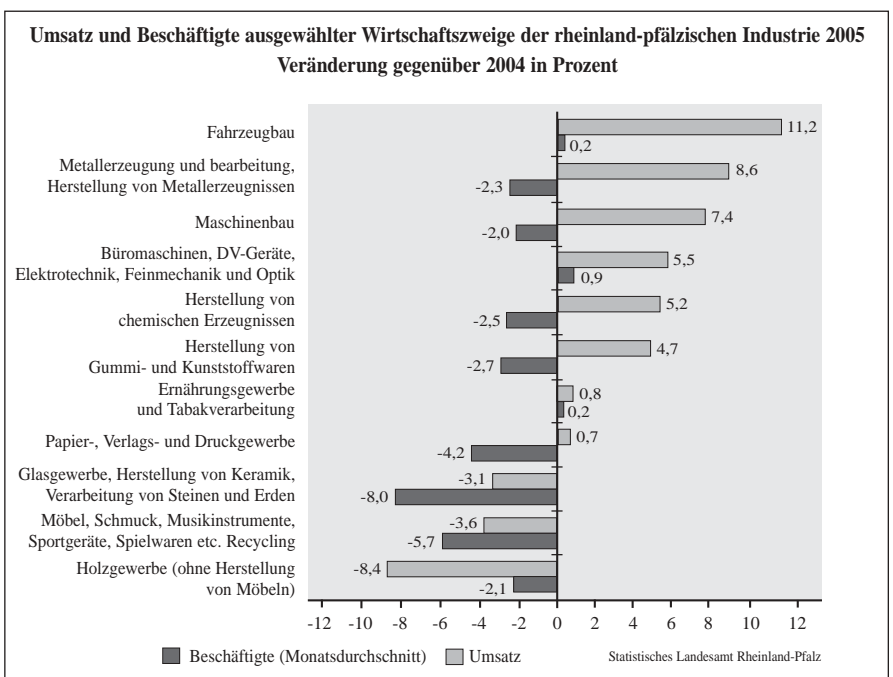
Wirtschaftszweig	Beschäftigte im Monatsdurchschnitt	
	Anzahl	Veränderung 2005 gegenüber 2004
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	55.536	-2,5
Fahrzeugbau	29.256	0,2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	36.131	-2,3
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	25.910	0,2
Maschinenbau	33.509	-2,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	21.714	-2,7
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	17.271	-4,2
Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	16.195	-8,0
Büromaschinen, DV-Geräte, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	17.136	0,9
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren etc; Recycling	7.208	-5,7
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	6.443	-2,1
Ledergewerbe	3.319	-9,9
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Steine und Erden	274.294	-2,4
Bergbau, Steine und Erden	1.917	-3,0
Verarbeitendes Gewerbe	272.376	-2,4

konnten hingegen Fahrzeugbau und Tabakverarbeitung verzeichnen.

Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, stieg im Jahr 2005 um 0,7 Prozent. Der Anstieg war damit prozentual etwas höher als der des Bruttoinlandsprodukts, da zugleich die Zahl der Erwerbstätigen leicht gesunken ist. In jeweiligen Preisen bewertet erwirtschaftete ein in Rheinland-Pfalz arbeitender Erwerbstätiger im Durchschnitt rund 54.800 Euro.

Die Summe der Bruttolöhne und -gehälter sank im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Prozent, das Arbeitsvolumen ging um 0,4 Prozent auf das Niveau von 1998, d.h. auf insgesamt knapp 2,5 Millionen Stunden, zurück.

Die Anzahl der Betriebe nahm um 3,3 Prozent ab. ■



Aus der Arbeit der Rechtsabteilung

*Eingeräumte Rechte sind auferlegte
Pflichten.
(Hans Lohberger)*

Die dringend erforderliche grundlegende Modernisierung des deutschen Arbeitsrechts liegt auch nach dem Regierungswechsel im Bund in weiter Ferne. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD lässt ein schlüssiges Gesamtkonzept vermissen, die notwendigen Reformen werden vielfach – wenn überhaupt – nur halbherzig angegangen.

Andererseits zeigt das Beispiel des kurz vor der Neuwahl noch eingebrachten Antidiskriminierungsgesetzes, dass der Gesetzgeber nach wie vor oftmals zu vermeidbarer Überregulierung neigt. Der massive Druck der Arbeitgeber mit den rheinland-pfälzischen Vertretern im Bundesrat hat erfreulicherweise maßgeblich dazu beitragen können, dass das vorgesehene Gesetz im Gesetzgebungsverfahren doch noch im Bundesrat aufgehalten werden konnte, und schließlich dem Grundsatz der Diskontinuität im Bundestag anheim gefallen ist. Die LVU hat über den Themenkomplex Antidiskriminierungsgesetz u.a. im Rahmen einer Vortragsveranstaltung informiert und hat sich insbesondere über die Landesregierung und gemeinsam mit der BDA dafür eingesetzt, dass bei der Umsetzung der Richtlinien nicht über die europäischen Vorgaben hinausgegangen wird. Nach den letzten Abschlüssen der neugewählten Schwarz-Roten Koalition zeigt sich, dass dieses Ziel wohl doch nicht erreicht werden kann.



Einen Schachzug der besonderen Art bedeutet schon der Regierungsentwurf eines „Gesetzes zur Umsetzung europäischer Antidiskriminierungsrichtlinien“.

Foto: MEV

Die sich aus dem Anfang des Jahres 2005 ergebenden administrativen Probleme im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu der Fürsorgeleistung Arbeitslosengeld II bestätigen leider nur zu sehr unsere im Vorfeld geäußerten Befürchtungen. Die Schaffung einer neuen Verwaltungsebene zu Lasten einer klaren Aufgabenzuweisung an die Kommunen durch das sog. Optionsgesetz hat zu vielfältigen Problemen und Verzögerungen geführt. Die im Regelfall eingerichteten Arbeitsgemeinschaften (ARGen) zwischen Arbeitsagenturen und Kommunen konnten die Erwartungen der Politik hinsichtlich der besseren Vermittlung arbeitsloser Menschen bislang nicht erfüllen. Im Sinne einer effektiveren Vermittlung Arbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt hat die LVU diesen von der Politik vorgegebenen Umstellungsprozess konstruktiv im rheinland-pfälzischen Arbeitsmarktbeirat begleitet. Leider haben bisher aber nur sieben der insgesamt 28 ARGen und zwei Optionskommunen in Rheinland-Pfalz einen Beirat mit Arbeitgeberbeteiligung errichtet. Unser Ziel ist gemeinsam mit der Arbeitsministerin Frau Malu Dreyer und dem DGB, dass auch in den übrigen ARGen / Optionskommunen ein Beirat unter Beteiligung der Arbeitgeber eingerichtet wird. Dabei legen wir aber großen Wert darauf, dass die Arbeitgebervertreter nicht zugleich (mit) einen Bildungsanbieter vertreten.

Eine weitere, gesamtgesellschaftliche Herausforderung ist es, Familie und Beruf für Frauen und Männer besser vereinbar zu machen. Familien brauchen Zeit und Stabilität. Diese Bedürfnisse geraten nicht selten in Konflikt mit den wachsenden Erwartungen an Mobilität, Flexibilität und Verfügbarkeit im Arbeitsleben. Es sind deshalb Brücken zu schlagen zwischen betrieblichen Interessen und den beruflichen und familiären Bedürfnissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Sozialministerium des Landes hatte dazu einen besonde-

ren Politik-Schwerpunkt gesetzt, um Unternehmen bei der Schaffung einer familienbewussten Arbeitswelt mit verschiedenen Maßnahmen noch stärker zu unterstützen. Dabei geht es nicht nur darum, Beschäftigungschancen und -möglichkeiten für einzelne Personengruppen zu erhöhen und Betriebe und Unternehmen bei der Anpassung an strukturelle und demographische Veränderungen zu unterstützen. Im Zentrum stehen auch die kontinuierliche Verbesserung der Möglichkeiten zur Kinderbetreuung oder zur Pflege von Familienangehörigen sowie die Unterstützung der Betriebe bei der Einführung neuer Arbeitszeit- und Arbeitsorganisationsmodelle. In den Dialog auf dem Sektor Familienpolitik zwischen Ministerium und Wirtschaft ist die Rechtsabteilung der LVU intensiv eingebunden. Nicht zuletzt deshalb bemerkt das Sozialministerium des Landes auf seiner familienpolitischen Internetseite: „In vielen Unternehmen sind eine familienbewusste Arbeitsorganisation und Personalpolitik bereits Alltag“. Die aus den Studien, dem Auditierungsprozess und dem Dialog mit der Wirtschaft gewonnenen Erkenntnisse und Anregungen werden konsequent zur Weiterentwicklung unseres Unterstützungsangebotes genutzt.

Arbeiter verdienen Lohn, Angestellte verdienen Gehalt. Das war seit mehr als 100 Jahre Tariftradition in der Industrie. Seit Jahrzehnten hat die Chemiebranche ein gemeinsames Entgelt eingeführt. Dies gilt auch für Teile der Steine und Erden-Industrie. Das neue EntgeltRahmenAbkommen (ERA) hebt nunmehr auch für diese M+E-Industrie die getrennt geregelte Entgeltsystematik für Arbeiter und Angestellte auf. Nach einer Vorbereitungsphase im Jahr 2005 soll die betriebliche Umstellung auf ERA dann mit dem Jahr 2006 beginnen und in der Regel bis 2008 abgeschlossen sein. Das neue System modernisiert und erweitert vor allem auch die Möglichkeiten zur Gestaltung des Leistungsentgeltes. Da-

durch wird es dem in der modernen Arbeitswelt immer wichtiger werdenden Leistungsgedanken bei der Vergütung besser gerecht. Das EntgeltRahmenAbkommen der M+E-Industrie war deshalb einer der Schwerpunkte der LVU-Fortbildungsveranstaltungen für ehrenamtliche Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit im Oktober und November des Jahres 2005. Weitere Themen dieses Fortbildungsangebotes waren u.a. der Kündigungsschutz für besonders geschützte Arbeitnehmergruppen sowie spezielle Aspekte zu den Betriebsratswahlen im Jahr 2006.

Auch für die Prozessvertreter unserer Mitgliedsverbände wurde wiederum eine Fortbildungsveranstaltung angeboten, die außergewöhnlich gut besucht war. Ein Thema war der besondere Kündigungsschutz von Mandatsträgern durch die Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz, darüber hinaus wurden praxisgerecht aktuelle Entwicklungen aus Gesetzgebung und Rechtsprechung behandelt.

Die LVU knüpft gerade im Rechtsbereich ein dichtes Netzwerk, das unseren Mitgliedern einen Wissensvorsprung verschafft und vor allem die Effektivität unserer Dienstleistungen für die Betriebe erhöht. ■

Blickpunkt Öffentlichkeit

*Wer klug ist, wird im Gespräch
weniger an das denken, worüber er
spricht, als an den, mit dem er spricht.
Sobald er dies tut, ist er sicher, nichts zu sagen,
das er nachher bereut.
(Arthur Schoenhauer)*

Public Relation ist „das bewusst geplante und dauerhafte Bemühen, gegenseitiges Verständnis und Vertrauen in der Öffentlichkeit aufzubauen und zu pflegen. Das Wort Öffentlichkeitsarbeit als die geeignetste Wortschöpfung für Public Relations beschreibt den Bedeutungsinhalt wie folgt: Arbeit in der Öffentlichkeit, Arbeit für die Öffentlichkeit, Arbeit mit der Öffentlichkeit“. So einer der Nestoren der PR-Branche, Prof. Dr. Albrecht Oeckel.

Gemeinhin sieht die Öffentlichkeitsarbeit die Massenmedien als den Ansatzpunkt, diese Aufgabe anzugehen.

Denn sie haben nach Ansicht der Kommunikationswissenschaft die öffentliche Aufgabe „einen allgemeinen Meinungsmarkt“ entstehen zu lassen.

Der Begriff Markt verweist zugleich auf eine Fülle unterschiedlicher Meinungsangebote, die von den Massenmedien nachgefragt und übernommen werden.

Als Massenmedien bezeichnet man die technischen Verbreitungsmittel für Massenkommunikation. Darunter wird jene Sonderform der zwischenmenschlichen Kommunikation verstanden, bei der nach der klassischen Definition der Kommunikationswissenschaft ein „Kommunikator“

seine Aussage öffentlich – jedermann zugänglich – indirekt und einseitig an ein anonymes, heterogenes und raumzeitlich verstreutes „Publikum“ richtet.

Kommunikatoren sind nach diesem Verständnis Beobachter der Wirklichkeit, die ihre Beobachtungen und Reflexionen beispielsweise als Journalisten wiedergeben. Das Publikum umfasst alle von dem betreffenden Medium erreichbaren „Rezipienten“, also Leser, Hörer oder Zuschauer (Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik).

Zu sehen ist dabei, erst die Medien generieren Kommunikationsthemen und lenken damit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit.

„Doch die Rolle eines neutralen Beobachters ist per System nicht möglich“ (Schulz, Jürgen Management von Risiko- und Krisenkommunikation, HU-Berlin 2001).

Dazu passt die Bemerkung des im vergangenen Jahr gestorbenen Kommunikationswissenschaftlers und ehemaligen SPD-Bundesgeschäftsführers Prof. Dr. Peter Glotz: „Viele Journalisten stellen nicht das zu Debatte, was die Gesellschaft bewegt, sondern das, was die Gesellschaft ihrer Meinung nach bewegen sollte.“

Anders gesagt, der Haupteinfluss der Medien besteht darin, Themen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu rücken. Die Massenmedien haben damit eine Signalfunktion für aktuelle Themen. Sie bestimmen in erster Linie, worüber nachgedacht wird und nicht, was gedacht wird.

Aber abgesehen von dieser Fragestellung, die sich aus dieser Erwartungshaltung ergibt, hat Öffentlichkeitsarbeit eines Verbandes auch das Medien-Nutzungs-Verhalten der Rezipienten zu beachten.

Massenmedien produzieren einerseits Komplexität, weil sie die Wahrnehmungsmöglichkeiten erhöhen. Andererseits reduzieren sie Welt-Komplexität, weil sie immer nur eine begrenzte Auswahl an Nachrichten durch technische Vervielfältigung verbreiten. Die technische Vervielfältigung beinhaltet die Reproduktion von Ereignissen.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Aufschlüsselung der Mediennutzung eine besondere Bedeutung für die Öffentlichkeitsarbeit.

Betrachtet man die Reichweiten der vier tagesaktuellen Medien – Tageszeitungen, Fernsehen, Hörfunk, Internet – so werden täglich nahezu alle Menschen in Deutschland von mindestens einem dieser Medien erreicht.



Hohe Emotionalität haben Bilder aus der Arbeitswelt. Deshalb sind die LVU und ihre Mitgliedsverbände auch als „Türöffner“ zu diesem Bereich ein wichtiger Ansprechpartner insbesondere für das Fernsehen.

Foto: KSB

Bei den einzelnen Medien zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede. Während Fernsehen und Radio faktisch eine Vollverbreitung in der Bevölkerung und eine hohe Tagesreichweite haben, ist dies bei der Tageszeitung und dem Internet nicht der Fall.

Aufschlussreich ist sicher auch noch das Datum aus der Medienforschung, dass das Radio bei der „bürgerlichen Mitte“ besonders stark genutzt wird.

Abgesehen von diesem Untersuchungsergebnis, erreichen die elektronischen Medien – Hörfunk und Fernsehen – pro Tag über 95 % aller Bundesbürger.

Pro Tag verbringen die Radiohörer bzw. die – Hörerrinnen viele Stunden mit diesem Medium.

Die Medienforschung ergab mit der zweiten Media-Analyse (MA) im Herbst des vergangenen Jahres weiter, dass die Bevölke-

rungsgruppe der 30 bis 49-jährigen und die Berufstätigen das Radio speziell außer Haus nutzen, bei der Arbeit und im Auto. Bei einer Gesamtreichweite des Mediums von fast 80 % bedeutet dies, dass beinahe jeder sein Radio einschaltet, wenn er unterwegs oder am Arbeitsplatz ist.

Das korrespondiert mit dem Tagesverlauf der Nutzung der vier tagesaktuellen Massenmedien Hörfunk, Fernsehen, Tageszeitung und Internet.

Der Hörfunk wird – als Tagesbegleitmedium – besonders stark in der Zeit bis zum späteren Nachmittag genutzt.

Das Fernsehen zieht am Nachmittag in der Nutzung an und gewinnt seine (dominante) Bedeutung dann mit dem Vorabend und dem Abend.

Die Tageszeitung hat ihren Nutzungsschwerpunkt am Morgen und frühen Vormittag.

Das Internet wird relativ gleichmäßig von vormittags bis in den späten Abend genutzt. Zwar hat bisher keines der tagesaktuellen Medien eine solche Priorität bei den Nutzern, dass ein Medium aus dem Portfolio fallen würde. Dennoch wird verbandliche Öffentlichkeitsarbeit diese Ausdifferenzierung im Nutzungsverhalten zunehmend beachten müssen.

In Kontext dazu ist die Prioritätenliste bei den Themenfeldern zu sehen, die die Mediennutzer von Rundfunk oder Fernsehen beachtet wissen wollen.

Generell liegen die Wirtschaftsthemen zwar im Mittelfeld der Interessensskala. Aufgeschlüsselt nach Altersgruppen halten Wirtschaftsthemen und Verbraucherinformation bei den Berufstätigen (30 - 50 Jahre) nach der Politik den zweiten Spitzenplatz auf der Interessensskala, gefolgt von „Geldanlage und Finanzen“.

In diesem Zusammenhang ist auch ein Blick auf die Kompetenzfelder der einzelnen Medien aufschlussreich.

So punktet der Hörfunk besonders stark beim Publikum wegen seiner Aktualität.

Die Tageszeitung hat beim Thema Wirtschaft nach der Politik in den Augen der Mediennutzer einen Kompetenzschwerpunkt.

Das politische Geschehen liegt zwar auch beim Fernsehen an erster Stelle. Dann aber folgen „Kriminalität und Katastrophen“ – vermutlich eine Kombination aus Aktualität und Bildern. Auf den nächsten Programmplätzen folgen „Sport“, „Prominente/Stars“ sowie „Tiere“ (Media Perspektiven, 12/2005).

Die moderne Kommunikationsforschung sieht im System Massenkommunikation – damit auch in der Öffentlichkeitsarbeit oder PR – die öffentliche Aufgabe, soziale Belange aufzugreifen, bewusst zu machen und an kompetenten Stellen der Gesellschaft weiterzuleiten.

So gesehen erfüllt verbandliche Öffentlichkeitsarbeit zumindest auf dem politischen Feld ähnliche Aufgaben, wie sie früher die politische Öffentlichkeit diskutiert und kritisiert hätte. Die öffentliche Diskussion kann als Schaffung eines „öffentlichen Gewissens“ als Aufgabe von Public Relations verstanden werden.

Darüber hinaus stellt der Kommunikationswissenschaftler Franz Ronneberger in seiner grundlegenden Theorie der Public Relations fest, dass Kommunikation an bestimmte Interessengruppen das wiedergibt, was in der Gesellschaft als Meinung und Leitbild bereits vorhanden ist, jedoch zuvor ausgewählt und bearbeitet wird (Ronneberger, Sozialisation durch Massenkommunikation, 1971).



Öffentlichkeitsarbeit hat auch die Aufgabe, Themen aufzugreifen, bewusst zu machen und an kompetente Stellen der Gesellschaft weiterzuleiten. Für LVU-Präsident Dr. Gerhard F. Braun war der Firmenbesuch von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in seinem Unternehmen auch die Gelegenheit, mit der Bundeskanzlerin das Thema „Mindestlöhne“ zu diskutieren.
Foto: KOB

Hinzu kommt noch eine weitere Funktion der Öffentlichkeitsarbeit. Sie will Wissen über eine Organisation vermitteln und deren Leistung im gesellschaftlichen Kontext herausstellen.

Exemplarisch dafür, dass von der Öffentlichkeit die gesellschaftliche Leistung der

Unternehmerverbände nachgefragt wird, ist die ausführliche Berichterstattung in den Printmedien – sie sehen sich in der heutigen Medienlandschaft mehr in der Rolle des Vermittlers von Hintergrund – über die Begegnung des LVU-Vorstandes mit den Präsidenten der evangelischen Kirchen des Landes.

Verbandliche Öffentlichkeitsarbeit hat in ihre Kommunikationsfunktion zunehmend auch die Entwicklung der Mediennutzung einzubeziehen.

Nach vorliegenden aktuellen Werten bestätigt sich die Rangfolge der Medien in der Frage der Bindung – Hörfunk vor Tageszeitung, dem Fernsehen und dem Internet. So erreicht beispielsweise der Hörfunk 62 Prozent der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz, das Fernsehen jedoch nur 49 Prozent.

Die jüngste Media-Analyse (MA) vom Frühjahr 2006 unterstreicht mit der Zahl der Hörer, die durchschnittlich pro Stunde das Radio nutzen, den starken Stellenwert des Radios als „Überall-Medium“.

So erreicht der private rheinland-pfälzische UKW-Hörfunksender – Radio RPR 1 – im Tagesdurchschnitt 227.000 Hörer pro Stunde. Der private UKW-Hörfunk-Anbieter in Rheinland-Pfalz liegt in der Hörergunst eindeutig vor den öffentlich-rechtlichen Informationsprogrammen des SWR. Das Informationsprogramm des öffentlich-rechtlichen Senders – SWR 1 – kommt auf 131.000 Hörer im Stundendurchschnitt.

Auch in einer perspektivischen Betrachtung der Mediennutzung bis zum Jahr 2010 bleibt es bei der herausragenden Stellung des Hörfunks. Der Grund resultiert nach Untersuchungen der Programmforschung aus den beiden Kontexten: Radio hören bei der Arbeit und im Auto.

Speziell dieser Punkt ist schon seit einigen Jahren ein Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit der LVU.

Reputation und Vertrauenswürdigkeit, dass dies heute für die LVU gilt, zeigen erneut – sozusagen im Wochenrhythmus – die insgesamt 97 Interviews und Statements von Repräsentanten der LVU in den elektroni-



LVU-Präsident Dr. Gerhard F. Braun im Interview mit dem SWR-Fernsehen. Insgesamt waren Repräsentanten der LVU im abgelaufenen Jahr mit fast 100 Interviews und Statements in den elektronischen Medien des Landes. Verglichen mit dem Vorjahr war dies ein Nachfrageplus von mehr als einem Drittel.
Foto: Fielstette

schen Medien des Landes. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr sozusagen ein Nachfrage-Plus von mehr als einem Drittel

Durch diese Personalisierung – Emotionalisierung – vermitteln die Repräsentanten der LVU Kontinuität und Werthaltungen. Die Unternehmensverbände stehen somit auch für Relevanz, damit für Wirklichkeit und Orientierung.

Den Printmedien kommt dabei eine flankierende Funktion zu. Deshalb war es wichtig, dass die sozusagen wöchentliche LVU-Meldung beim Nachdruckergebnis das Niveau des Vorjahres hielt.

Über das Jahr gesehen fanden pro Woche in der Hälfte der Gesamtauflage der rhein-

land-pfälzischen Tageszeitungen die Aussagen der LVU ihren Niederschlag. Bemerkenswert an dieser Durchschnittsbetrachtung ist, dass die LVU-Meldungen eine besondere Resonanz in der „Rheinpfalz“ hatten. Die tägliche Druckauflage dieser Regionalzeitung liegt bei weit über einer Viertelmillion.

Generell darf das Resonanz-Ergebnis in den Medien von der LVU wohl als Ausdruck der Reputation und Vertrauenswürdigkeit der Unternehmensverbände in Rheinland-Pfalz gewertet werden. ■

Schule und Wirtschaft

*Schule und Wirtschaft
Tradition ist der Fortschritt,
der sich bereits bewährt hat.
(Hans Nachtigall)*

SCHULEWIRTSCHAFT: Ein Netzwerk in Rheinland-Pfalz

Rund 1.800 Lehrer in Rheinland-Pfalz hat die Landesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT* 2005 an 77 Tagen im Bereich Wirtschaft und Arbeitswelt fortgebildet. Gleichzeitig boten die 30 regionalen Arbeitskreise *SCHULEWIRTSCHAFT* zu diesen Themen noch etwa 50 weitere Veranstaltungen vor Ort an.

Mit ihrer landesweiten Lehrerfortbildung und ihrem flächendeckenden Netz von regionalen Arbeitskreisen unterstützt die Landesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT* die Bildungspolitik der Unternehmen. Sie vertieft aktuelle Themen, treibt politische Konsensfindung voran und trägt gemeinsam erarbeitete Entscheidungen in die Breite, um deren Umsetzung zu erleichtern. Dazu drei Beispiele:

1. Ausbildungsfähigkeit konkret: Inhalte, Probleme, Lösungen

In der jüngeren Vergangenheit hat das Thema „Ausbildung“ vor allem mit gegenseitigen Vorwürfen wie „Betriebe bilden nicht mehr aus“ und „Jugendliche sind nicht mehr ausbildungsfähig“ Schlagzeilen gemacht. Dies muss sich ändern. Es bedarf einer Änderung im Denken und Handeln aller Akteure, einer „Kultur der gemeinsa-



*Die Vorstellungen seines Ministeriums zum Thema „Ausbildungsfähigkeit konkret“ erläuterte Wirtschafts-Staatssekretär Walter Strutz.
Foto: MWVLW*

men Anstrengung“. Die enge Kooperation von Wirtschaft und Schule bietet hier neue Wege.

Mit diesem Aufruf an die über 150 Vertreter aus allen Schularten, Unternehmen, Verbänden, Kammern, Ministerien und Schulverwaltung eröffnete der Ausbildungsleiter der BASF, Fritz Krieg, die Tagung „Ausbildungsfähigkeit konkret – Inhalte, Probleme, Lösungen“.

Dazu hatte die Landesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT* gemeinsam mit

dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau sowie der BASF eingeladen. Der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Walter Strutz, lobte die ausbildenden Betriebe, die enorm viel geleistet hätten. Auch er rief zu gemeinsamem Handeln von Schule, Eltern und Wirtschaft auf. Dass die Kooperation von Schule und Wirtschaft gerade in Rheinland-Pfalz vorbildlich funktioniere, hob der Staatssekretär des Bildungsministeriums, Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig, hervor. Er forderte Schulen und Unternehmen auf, das ihrige zu tun, um jungen



Wirtschafts-Staatssekretär Günter Eymael (links) und der Vorsitzende „Wirtschaft“ der Landesarbeitsgemeinschaft, Theo Scholtes (Bitburger Brauerei), beim halbjährlichen Erfahrungsaustausch der regionalen Arbeitskreisleiter bei Griesson - de Beukelaer in Polch.

Foto: MWVLW

Menschen eine Chance auf Ausbildung zu ermöglichen.

In den anschließenden Workshops war man sich schnell einig, dass es kein Erkenntnisproblem gibt. Schulen und Wirtschaft haben die Defizite erkannt und erachten ihre Bekämpfung als wichtig. Vielmehr liegt ein Umsetzungsproblem vor. Hier bestehen Unterschiede in den Erwartungen und in der Einschätzung der Realitäten. Denn die Ursachen mangelnder Ausbildungsfähigkeit liegen zumeist außerhalb des direkten Einflussbereichs von Schule und Wirtschaft. Es zeigten den verschiedenen Schularten auch unterschiedliche Defizite, die unterschiedlicher Lösungen bedürfen.

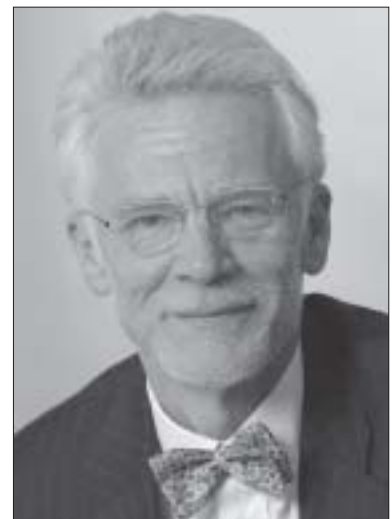
Deshalb ist der Austausch zwischen Schule und Wirtschaft, aber auch zwischen den Schulen untereinander, so wichtig. In mehreren Schulen existieren schon Best Practi-

ce-Beispiele, wie man Ausbildungsfähigkeit verbessert. Aber sie sind noch zu wenig bekannt. Außerdem wurde als Problem genannt, dass man mit diesen Projekten meist nur engagierte Schüler erreicht. Geschätzt wurde der Anteil derer, die davon profitieren, auf ca. 30 Prozent. Hier muss über eine flächendeckende Ergänzung nachgedacht werden.

In allen Schularten war das Interesse groß, mit Unternehmensvertretern zusammenzuarbeiten. Der direkte Austausch zwischen Schülern und Firmenvertretern, gerade auch zwischen Schülern und Auszubildenden, wurde dabei als sehr effektiv eingestuft.

Das Veranstaltungsthema wird fachspezifisch fortgesetzt. Der hierfür wichtigen „Berufsorientierung in Schulen“ wird die nächste Jahrestagung *SCHULEWIRT-*

SCHAFT gewidmet. Auch wird die bereits bestehende Fortbildungsreihe „Mathematik und Ausbildungsfähigkeit“ in diesem Jahr um die Reihe „Deutsch und Ausbildungsfähigkeit“ ergänzt. Zum Aspekt „Englisch und Ausbildungsfähigkeit“ wer-



Wissenschaftsminister Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner erwartete Grundlagen für eine Arbeitsgruppe des Ministeriums für die Einführung eines verpflichtenden Betriebspraktikums für Lehramtsstudierende von einer Tagung der Landesarbeitsgemeinschaft.

Foto: MWVFK

den die verschiedenen Veranstaltungen schulspezifisch weitergeführt.

2. Verpflichtendes Betriebspraktikum für Lehramtsstudierende

Im April 2005 veranstaltete die Landesarbeitsgemeinschaft in Kooperation mit dem Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur eine Tagung zu Betriebspraktika für Lehramtsstudierende. Hintergrund war die geplante Reform der Lehrerausbildung.

Die Einführung machte Wissenschaftsminister Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner. Auf dieser Tagung wurde mit rund 100 Vertretern aus allen Schularten, Unternehmen, Verbänden, Kammern und Ministerien die mögliche Einführung eines Betriebspraktikums für alle Lehramtsstudierenden besprochen. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden Vorschläge zu Dauer und Zielsetzung, konkreten Inhalten und Evaluationsmöglichkeiten ausgearbeitet.

Diese Tagungsergebnisse sind jetzt die Grundlage einer Arbeitsgruppe des Wissenschaftsministerium zur Einführung eines verpflichtenden Betriebspraktikums für Lehramtsstudierende ab 2007, in der auch die Landesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT* vertreten ist.

3. Einführung internationaler Studienabschlüsse: „Bachelor“ und „Master“

Vierzig europäische Länder haben im Rahmen des „Bologna-Prozesses“ vereinbart, bis zum Jahre 2010 ihre Hochschulsysteme anzugleichen und zu einem europäischen Hochschulraum zusammenzuführen. Dazu sollen die Studienabschlüsse in Qualität und Struktur vergleichbar sein. Die Länder haben sich geeinigt, die bereits international gängigen und anerkannten Abschlüsse „Bachelor“ und „Master“ zum Standard zu machen.

Der „Bachelor“ ist berufsqualifizierend und stellt den Regelabschluss dar. Er entspricht vom Qualifikationsniveau dem bisherigen Diplomabschluss einer Fachhochschule und ist auf drei bis vier Jahre ausgelegt. Der auf ihm aufbauende Masterabschluss entspricht dem bisherigen Diplom- oder Magisterabschluss einer Universität. Er ist eine forschungs- oder anwendungsorientierte Spezialisierung, die auf ein bis zwei Jahre ausgerichtet ist.

Die durch die neuen Abschlüsse notwendig gewordene Reform der kompletten Studiengänge trägt vielen Anliegen der Berufswelt Rechnung:

- Sie ermöglicht einen früheren Berufseinstieg,
- sie ist berufsorientierter,
- sie erleichtert die internationale Mobilität,
- sie unterstützt das lebenslange Lernen.

Zur praktischen Umsetzung der Reform müssen auch die Schulen entsprechend informiert und einbezogen werden.

Denn Lehrer sind neben den Eltern wichti-



„Bachelor“ und „Master“, in die Veränderungen, die mit diesen neuen Studienabschlüssen verbunden sind, führte Bildungsstaatssekretär Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig einer Tagung der Landesarbeitsgemeinschaft ein. Foto: MWVLW

ge Ansprechpartner für die Jugendlichen bei ihrer Berufswahl. An jedem Gymnasium gibt es Lehrkräfte, die mit Studien- und Berufsorientierung betraut sind. Sie müssen deshalb über diese neue Studienreform und die damit verbundenen Berufslaufbahnen informiert sein.

Deshalb hat die Landesarbeitsgemeinschaft zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit, dem rheinland-pfälzischen Bildungsministerium und dem rheinland-pfälzischen Wissenschaftsministerium eine entsprechende Fortbildung mit ca. 70 Teilnehmern durchgeführt zu den Aspekten:

- Struktur der neuen Studiengänge,
- Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt,
- Akzeptanz und Karrierechancen in der Wirtschaft.

Die Einführung hielt der Staatssekretär des Bildungsministeriums, Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig.

Vertiefend wurde eine weitere Fortbildung durchgeführt zu Aspekten wie:

- Das rheinland-pfälzische Studienkontenmodell,
- neue Zulassungskriterien,
- Auslandsaufenthalte während Schule und Studium,
- Vorbereitung auf die neuen Studiengänge in der Schule.

Diesen drei Themenfeldern „Ausbildungsfähigkeit“, „Lehrerbildung“ und „Studienreform“ wird sich die Landesarbeitsgemeinschaft weiterhin mit ihrer Fortbildung und ihren regionalen Arbeitskreisen widmen. Daneben werden aber auch die grundlegenden Aspekte der *SCHULEWIRTSCHAFT*-Arbeit wie „Betriebsrecherche“, „Betriebspraktika“, oder „Qualitätsmanagement“ weitergeführt. ■

wissenschaft ZUKUNFT

Bachelor- und Masterstudiengänge Kurzinformation für Personalverantwortliche

Warum neue Studienabschlüsse?

Vierzig europäische Länder haben im Rahmen des „Bologna-Prozesses“ vereinbart, bis zum Jahr 2010 ihre Hochschulsysteme anzugleichen und zu einem europäischen Hochschulraum zusammenzuführen. Dazu sollen die Studienabschlüsse in Qualität und Struktur vergleichbar sein. Die Länder haben sich darauf geeinigt, die bereits international gängigen und anerkannten Abschlüsse Bachelor und Master zum Standard zu machen. Die rheinland-pfälzischen Hochschulen bieten bereits viele Studiengänge mit den neuen Abschlüssen an.

Die Einführung der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge bietet die Chance, auch den Vorstellungen der Unternehmen nach beispielsweise mehr Berufsorientierung und einem früheren Einstieg in den Beruf gerecht zu werden.

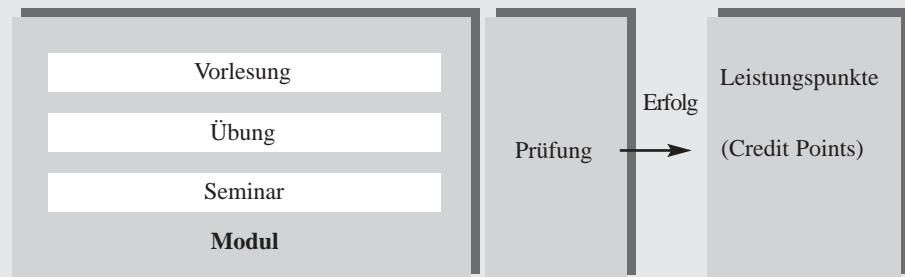
Worin besteht der Unterschied zu den Diplom- und Magisterstudiengängen?

Die neue Studienstruktur ist zweistufig. Bereits die erste Stufe führt mit dem Bachelorabschluss zu einer arbeitsmarktrelevanten Qualifikation. Der Bachelor ist berufsqualifizierend und stellt den Regelabschluss dar. An den Bachelor kann sich ein Masterstudiengang anschließen. Bachelor- und Masterstudiengänge werden sowohl an Fachhochschulen als auch an Universitäten angeboten, ohne dass das bisherige Profil der Hochschulen aufgegeben wird. Nach wie vor sind die Fachhochschulen ihrer Anwendungsorientierung und die Universitäten ihrer Forschungsorientierung verpflichtet.

Die Qualität der neuen Abschlüsse bleibt auf dem gleichen hohen Niveau wie bisher. Der Bachelorabschluss entspricht grundsätzlich dem bisherigen Diplomabschluss einer Fachhochschule. Der Masterabschluss entspricht im Grundsatz dem bisherigen Diplom- oder Magisterabschluss einer Universität.

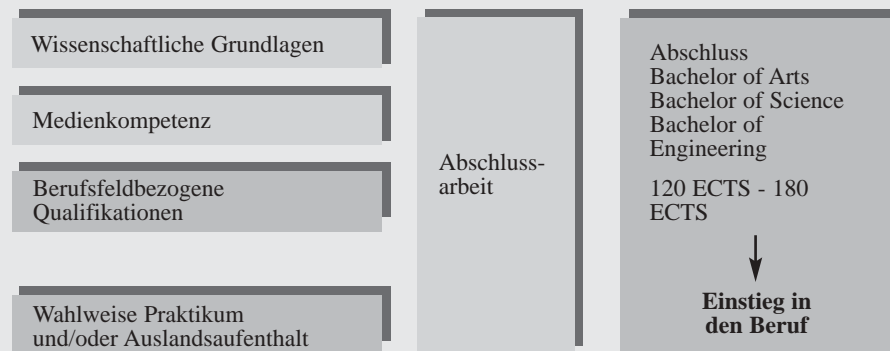
**Was ist ein Modul?
Was ist ein
Leistungspunkt?**

Die neue Struktur der Studiengänge ist mit einer inhaltlichen Reform verbunden, die für die Weiterentwicklung der Studieninhalte beispielsweise zu mehr Berufsorientierung genutzt werden soll. Darüber hinaus soll ein klar strukturierter flexibler Studienaufbau erzielt werden. Dazu werden die neuen Studiengänge modular aufgebaut und die Lernerfolge mit Leistungspunkten bewertet. Module sind thematisch und zeitlich abgeschlossene Lehreinheiten, die sich aus mehreren Lehrveranstaltungen zusammensetzen. Jedes Modul wird grundsätzlich mit einer Prüfung abgeschlossen und mit Leistungspunkten (Credit Points) bewertet. Vergeben werden diese Leistungspunkte erst nach bestandener Prüfung. Mit dem Europäischen Leistungspunktesystem (European Credit Transfer System, kurz ECTS) werden Vergleichbarkeit, Anerkennung und Anrechnung von Prüfungsleistungen in Deutschland und Europa erleichtert. Dieses Leistungspunktesystem für die akademische Ausbildung ist ähnlich dem Leistungspunktesystem für die Berufsbildung (European Credit Transfer System for Vocational Education and Training, kurz ECVET).



**Was ist ein
Bachelor?**

Der Bachelor ist der erste berufsqualifizierende Studienabschluss. Mit dem Bachelor kann nach 3 bis 4-jährigem (6-8semestrigen) Studium in den Beruf eingestiegen werden. Daher werden verstärkt auf konkrete Berufsfelder ausgerichtete Elemente (Module) angeboten. Neben wissenschaftlichen Grundlagen (Fachkenntnisse) werden Methodenkompetenz und berufsfeldbezogene Qualifikationen vermittelt. Der Bachelorabschluss entspricht dem bisherigen Diplomabschluss einer Fachhochschule.



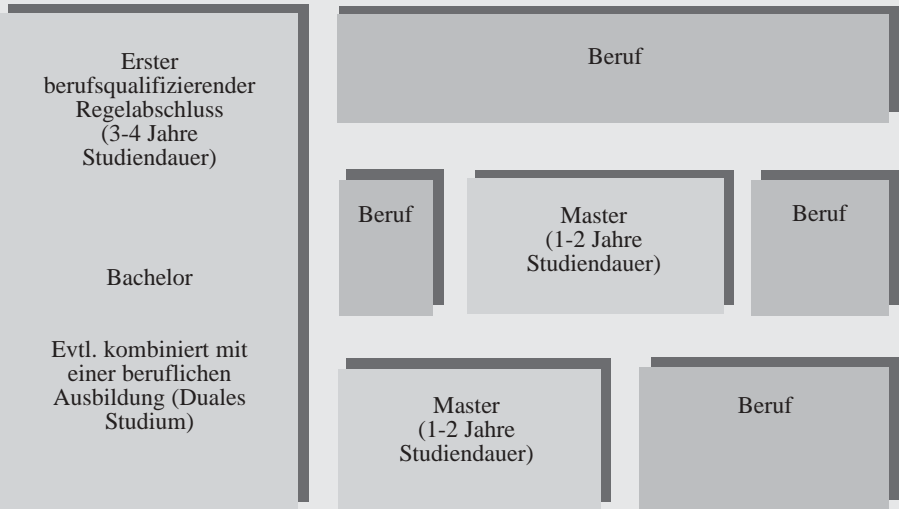
Was ist ein Master?

Der Master ist ein auf den Bachelor aufbauender Studienabschluss. Diejenigen, die über den Bachelor hinaus ihre Kenntnisse weiter vertiefen wollen, z.B. weil sie eine wissenschaftliche Karriere ins Auge fassen oder eine berufliche Spezialisierung anstreben, nehmen für ein bis zwei Jahre ein Masterstudium auf, das künftig auch die Voraussetzung für eine Promotion darstellt. Dabei kann ein Master forschungsorientiert oder anwendungsorientiert ausgerichtet sein. Der Master kann sowohl unmittelbar im Anschluss an den Bachelor als auch später aus dem Beruf heraus erworben werden, z.B. um sich nach einer ersten Berufseinstiegsphase beruflich weiterzuentwickeln.



Welche Qualifikationswege eröffnet die neue Studienstruktur?

Die neue Studienstruktur eröffnet flexible Qualifikationswege. Absolventinnen und Absolventen eines Bachelorstudiums können frühzeitig ins Berufsleben einsteigen, ein Masterstudium aufnehmen oder nach einer Phase der Berufstätigkeit sich durch ein Masterstudium weiterqualifizieren.



Wie profitieren die Unternehmen und Betriebe von den neuen Studienabschlüssen?

- **Früher Berufseinstieg**
Die gestufte Studienstruktur eröffnet mit dem Bachelorabschluss einen frühen Einstieg in den Beruf auf hohem Qualifikationsniveau.
- **Bedarfoptimierte Personalwahl**
Durch den modularen Aufbau des Studiums ist den Unternehmen die Möglichkeit gegeben, eine Fachkraft mit den Qualifikationen auszuwählen, die sie benötigen.
- **Personalförderung**
An den Bachelorabschluss kann sich nach Gewinnung erster Berufserfahrung ein Masterstudium anschließen und die erworbenen Qualifikationen in das Unternehmen eingebracht werden.
- **Internationale Bekanntheit**
Durch die internationale Bekanntheit der Abschlüsse können die Fachkräfte der Unternehmen besser international eingesetzt werden.
- **Aktueller Wissensstand**
Durch das kurze, praxisorientierte Bachelorstudium sowie das vertiefende Masterstudium bringen die Mitarbeiter aktuelles Know-how mit.
- **Lebenslanges Lernen**
Ausbildung, Beruf und Weiterbildung ergänzen sich und bedingen so ein lebenslanges Lernen.

Wie wird sichergestellt, dass die einzelnen Studiengänge und -abschlüsse ein vergleichbares hohes Qualitätsniveau aufweisen?

Die neuen Studiengänge werden durch eine Akkreditierungsagentur hinsichtlich Studierbarkeit, Einhaltung von Qualitätsstandards sowie den Erfolg der Absolventinnen und Absolventen am Arbeitsmarkt überprüft und zertifiziert. Die Zertifizierung erfolgt aufgrund eines Votums durch ein Expertenteam, in dem auch Vertreter der Wirtschaft mitwirken. Nur akkreditierte Studiengänge dürfen in Rheinland-Pfalz an den Hochschulen neu eingeführt werden.

Wie wird deutlich, welche Studieninhalte in dem Studiengang vermittelt wurden?

Mit dem Abschlusszeugnis wird ein so genanntes Diploma Supplement vergeben. Diese ergänzende Erläuterung zum Abschlusszeugnis beschreibt konkret, welche Inhalte und Qualifikationen im Studium vermittelt wurden. Zudem liefert es Informationen über das Hochschulsystem des ausstellenden Landes. Damit wird eine hohe Transparenz für die Arbeitgeberseite sichergestellt, die eine Bewertung der erreichten Qualifikation erleichtert.



Bachelor- und Masterstudiengänge Kurzinformation für Personalverantwortliche

Initiative der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Rheinland-Pfalz, der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern in Rheinland-Pfalz, der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU), der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz - Saarland der Bundesagentur für Arbeit sowie des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur.

Kontakt: Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur
Wallstraße 3
55122 Mainz
www.mwwfk.rlp.de

Unsere Landesvereinigung

Vorstand, Geschäftsführung
und Mitglieder

Stand Mai 2006

Landesvereinigung Unternehmerverbände
Rheinland-Pfalz (LVU)

Hindenburgstraße 32 · 55118 Mainz

Postfach 2966 · 55019 Mainz

Tel.: 06131 / 5575-0 · Fax: 06131 / 5575-39

Internet: <http://www.lvu.de>

e-mail: contact@lvu.de

Präsident

Dr. Gerhard F. Braun

Persönlich haftender Gesellschafter
der Fa. Karl Otto Braun KG

Lauterstraße 50

67752 Wolfstein

Postfach 11 40

67751 Wolfstein

Tel.: 06304 / 74215

Fax: 06304 / 74390

e-mail: gerhard.braun@kob.de

Internet: www.kob.de

Vizepräsident

Ulrich Pitkamin

Vorsitzender der Geschäftsführung

Boehringer Ingelheim Pharma

GmbH & Co. KG

Binger Straße 173

55216 Ingelheim

Tel.: 06132 / 772266

Fax: 06132 / 775734

e-mail: PITKAMIN@ing.boehringer-ingelheim.com

Internet: www.boehringer-ingelheim.de

Schatzmeister

Bernd Großer

Vorstandsmitglied

Koblenzer Elektrizitätswerk und

Verkehrs-Aktiengesellschaft

Schützenstraße 80-82

56068 Koblenz

Postfach 11 40

56064 Koblenz

Tel.: 0261 / 3921214

Fax: 0261 / 3921648

e-mail: uschneider@kevag.de

Vorstandsmitglieder

Dipl.-Ing. Günther Clos

Geschäftsführer der

Deloro Stellite GmbH

Zur Bergpflege 53

56070 Koblenz

Tel.: 0261 / 808820

Fax: 0261 / 808823

e-mail: gclos@deloro.de

Internet: www.deloro.de

Hermann-Josef Görges

Sprecher der Geschäftsführung

Joseph Raab GmbH & Cie. KG

Gladbacher Feld 5

56566 Neuwied

Postfach 22 61

56512 Neuwied

Tel.: 02631 / 913108

Fax: 02631 / 913162

e-mail: hermann-josef.goerges@raab-gruppe.de

Internet: www.raab-gruppe.de

Michael Hampel

Geschäftsführer

Heidelberger Beton GmbH

Berliner Straße 10

69120 Heidelberg

Tel.: 06221 / 481 9612

Fax: 06221 / 481 119612

e-mail: dorothea.todt@heidelbeton.de

Internet: www.heidelberger-beton.de

Hans-Carsten Hansen

President Human Resources
BASF Aktiengesellschaft
GP – C 100

67056 Ludwigshafen

Tel.: 0621 / 6048300
Fax: 0621 / 6092721
e-mail: hans-carsten.hansen@basf.com

Achim Haupt

Geschäftsführer
Julius Haupt GmbH
Albert-Einstein-Straße 7

55743 Idar-Oberstein

Postfach 01 14 45

55704 Idar-Oberstein

Tel.: 06781 / 94810
Fax: 06781 / 948118
e-mail: Achim.Haupt@juhaupt.de
Internet: www.juhaupt.de

Willi Kuhn

Geschäftsführer der TBG Transportbeton
Kuhn-Beton GmbH & Co.KG
Parkring 13

76751 Jockgrim

Tel.: 07271 / 95940
Fax: 07271 / 959444
e-mail: w_kuhn@t-online.de

Dr. Eduard Kulenkamp

Vorstandsmitglied
der Gebr. Pfeiffer AG
Barbarossastraße 50 - 54

67655 Kaiserslautern

Postfach 30 80

67618 Kaiserslautern

Tel.: 0631 / 4161104
Fax: 0631 / 4161103
e-mail: dr.kulenkamp@gpag.com

Dr. Dieter Römheld

Mitgesellschafter
der Römheld & Moelle Eisengießerei
Maschinen- und Apparatebau GmbH
Weichselstraße 32

55131 Mainz

Tel.: 06131 / 952520
Fax: 06131 / 952528
e-mail: dieter.roemheld@web.de

Dr. Martin Wassermann

Vorsitzender der Geschäftsführung
Raschig GmbH
Mundenheimer Straße 100

67061 Ludwigshafen

Postfach 21 11 28

67011 Ludwigshafen

Tel.: 0621 / 5618609
Fax: 0621 / 5618300
e-mail: mwassermann@raschig.de

Geschäftsführung

Hauptgeschäftsführer

RA Werner Simon
e-mail: Werner.Simon@lvu.de

Assistenz: Vera Phelps
Tel.: 0 61 31 – 55 75 27

Geschäftsführer

Dr. rer. pol. Dirk Hannowsky
e-mail: Dirk.Hannowsky@lvu.de

Assistenz: Monika Kansy
Tel.: 0 61 31 – 55 75 26

Justitiar

Ass. jur. Thilo Brückner (bis 31. März 2006)

Assistenz: Birgit Seidel
Tel.: 0 61 31 – 55 75 35

Informationsstelle der Rheinland-Pfälzischen Wirtschaft, Mainz

Geschäftsführer Jürgen Fielstette
e-mail: Juergen.Fielstette@lvu.de

Assistenz: Monika Tunkel
Tel.: 0 61 31 – 55 75 31

Landesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT* Rheinland-Pfalz

Stv. Geschäftsführerin: Susanne Steimer
e-mail: Steimer@lvu.de
Tel.: 0 61 31 – 55 75 10

Mitgliedsverbände der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU)

Verband	Vorsitzender	Geschäftsführer
Landesverband Bauindustrie Rheinland-Pfalz e.V. Am Linsenberg 16 55131 Mainz Postfach 42 24 55032 Mainz Tel.: 06131 / 26170 Fax: 06131 / 261722 e-mail: mainz@bauindustrie-rlp.de Internet: www.bauindustrie-rlp.de	Dipl.-Ing. Karl-Wilhelm Faber Geschäftsführender Gesellschafter Wilhelm Faber GmbH & Co. KG Galgenwiesenweg 23-29 55232 Alzey Tel.: 06731 / 4920 Fax: 06731 / 492115	Rechtsanwalt, Dipl.-Ing. Dr. jur. Martin Dossmann
Güteschutz und Landesverband Beton- und Bimsindustrie Rheinland-Pfalz e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852290 e-mail: vse@verband-steine-erden.de Internet: www.glv-beton-bims.de	Joachim Altenhofen Geschäftsführender Gesellschafter Rausch-Therm-Stein GmbH & Co. KG Postfach 20 56643 Nickenich Tel.: 02632 / 82078 Fax: 02632 / 81853	Rechtsanwalt Heinrich Klotz Dipl.-Ingenieur Dieter Heller
Brauerbund Hessen / Rheinland-Pfalz e.V. Sonnenberger Straße 46 65193 Wiesbaden Tel.: 0611 / 5317750 Fax: 0611 / 53177520 e-mail: mail@brauer-hmr.de Internet: www.brauer-hmr.de	Ulrich Kallmeyer Vorsitzender der Geschäftsführung der Radeberger Gruppe GmbH Darmstädter Landstraße 185 60598 Frankfurt /Main Tel.: 069 / 6065224 Fax: 069 / 6065401	Rechtsanwalt Axel Jürging

Verband	Vorsitzender	Geschäftsführer
<p>Verband Pfälzischer Brauereien e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852221 e-mail: Brauer-Pfalz@IVN.de</p>	<p>Dr. Horst Bischoff Privatbrauerei Bischoff GmbH & Co. KG An den Hopfengärten 6 67722 Winnweiler Postfach 11 62 67719 Winnweiler Tel.: 06302 / 9120 Fax: 06302 / 912120</p>	<p>Rechtsanwalt Thomas Gans</p>
<p>Arbeitgeberverband Chemie Rheinland-Pfalz e.V. Bahnhofstraße 48 67059 Ludwigshafen Postfach 21 07 69 67007 Ludwigshafen Tel.: 0621 / 520560 Fax: 0621 / 5205620 e-mail: info@chemie-rp.de Internet: www.chemie-rp.de</p>	<p>Ulrich Pitkamin Vorsitzender der Geschäftsführung Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG Binger Straße 173 55216 Ingelheim Tel.: 06132 / 773668 Fax: 06132 / 775734 e-mail: PITKAMIN@ing. boehringer-ingelheim.com</p>	<p>Reimer Wittenberg</p>
<p>Verband Druck und Medien Rheinland-Pfalz und Saarland e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 852275 Fax: 06321 / 852221 e-mail: verband@druckrps.de Internet: www.druckrps.de</p>	<p>Bernd Sontag Adolf Sontag Druck & Papier- verarbeitung GmbH & Co. KG Ingelheimer Straße 7 55268 Nieder-Olm Postfach 12 61 55265 Nieder-Olm Tel.: 06136 / 7650 Fax: 06136 / 76544 e-mail: bernd@sontag.biz Internet: www.sontag.biz</p>	<p>Rechtsanwalt Thomas Gans</p>
<p>Arbeitgeberverband Energie Südwest e.V. Hindenburgstraße 32 55118 Mainz Postfach 11 52 55001 Mainz Tel.: 06131 / 55750 Fax: 06131 / 557539 e-mail: dirk.hannowsky@lvu.de</p>	<p>Bernd Großer Vorstandsmitglied Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft Schützenstraße 80-82 56068 Koblenz Postfach 11 40 56064 Koblenz Tel.: 0261 / 3921214 Fax: 0261 / 3921648 e-mail: uschneider@kevag.de</p>	<p>Dr. Dirk Hannowsky</p>

Verband	Vorsitzender	Geschäftsführer
<p>Verband der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie Rheinland-Pfalz e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 852-233 u. 223 Fax: 06321 / 88955 e-mail: info@ho-ku.de Internet: www.ho-ku.de</p>	<p>Axel Schramm Geschäftsführer Schramm Werkstätten GmbH Industriepark Langmeil Bahnhofstraße 30 67722 Winnweiler Tel.: 06302 / 92360 Fax: 06302 / 923699 e-mail: axel.schramm@schramm-werkstaetten.de</p>	<p>Rechtsanwalt Gerhard Koch</p>
<p>Verband der Metall- und Elektroindustrie Rheinland-Rheinessen e.V. Ferdinand-Sauerbruch-Straße 9 56073 Koblenz Postfach 30 08 03 56029 Koblenz Tel.: 0261 / 404060 Fax: 0261 / 4040626 e-mail: vem@vem.de Internet: www.vem.de</p>	<p>Dipl.-Ing. Günther Clos Geschäftsführer der Deloro Stellite GmbH Zur Bergpflege 53 56070 Koblenz Tel.: 0261 / 808820 Fax: 0261 / 808823 e-mail: gclos@deloro.de Internet: www.deloro.de</p>	<p>Assessor Franz-Josef Mäckler</p>
<p>PFALZMETALL Verband der Pfälzischen Metall- und Elektroindustrie e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 852225 Fax: 06321 / 852265 e-mail: infos@pfalzmetall.de Internet: www.pfalzmetall.de</p>	<p>Dr. Eduard Kulenkamp Gebr. Pfeiffer AG Barbarossastraße 50-54 67655 Kaiserslautern Postfach 30 80 67618 Kaiserslautern Tel.: 0631 / 4161104 Fax: 0631 / 4161103</p>	<p>Rechtsanwalt Werner Simon</p>
<p>Arbeitgeberverband Ernährung Genuß Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland e.V. Sonnenberger Straße 46 65193 Wiesbaden Tel.: 0611 / 238690 Fax: 0611 / 2386920 e-mail: vav@agv-ernaehrung.de Internet: www.agv-ernaehrung.de</p>	<p>Hinrich Wulff Geschäftsführer Milupa GmbH Bahnstraße 14-30 61381 Friedrichsdorf/Ts. Tel.: 06172 / 991720 Fax: 06172 / 991863 e-mail: hinrich.wulff@milupa.de</p>	<p>Rechtsanwalt Axel Jürging</p>

Verband	Vorsitzender	Geschäftsführer
<p>Verband Papierindustrie Rheinland-Pfalz e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 852228 Fax: 06321 / 852272 e-mail: Martina.Bohl- Hafenstein@ivn.de</p>	<p>Peter Müller Vorstandsvorsitzender Cordier Spezialpapier GmbH Jägerthal 6 67098 Bad Dürkheim Tel.: 06322 / 939141 Fax: 06322 / 939168 e-mail: peter.mueller@cordier-paper.de</p>	<p>Rechtsanwalt Stephan Meißner</p>
<p>Verband der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie Rheinland-Pfalz und Saarland e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852221 e-mail: info@verband-papier- verarbeitung.de Internet: www.verband-papier- verarbeitung.de</p>	<p>Ralf Lenhardt Geschäftsführer CP Schmidt Verpackungs-Werk GmbH & Co. KG Merkurstraße 22-26 67663 Kaiserslautern Postfach 14 20 67603 Kaiserslautern Tel.: 0631 / 3537157 Fax: 0631 / 3537100</p>	<p>Rechtsanwalt Thomas Gans</p>
<p>Industrieverband Schmuck und Metallwaren Idar-Oberstein e.V. Mainzer Straße 34 55743 Idar-Oberstein Postfach 12 22 20 55714 Idar-Oberstein Tel.: 06781 / 944250 Fax: 06781 / 944266 e-mail: info@iv-schmuck-metall.de Internet: www.iv-schmuck-metall.de</p>	<p>Achim Haupt Geschäftsführer Julius Haupt GmbH Albert-Einstein-Straße 7 55743 Idar-Oberstein Postfach 01 14 45 55704 Idar-Oberstein Tel.: 06781 / 94810 Fax: 06781 / 948118 e-mail: email@juhaupt.de Internet: www.juhaupt.de</p>	<p>Rechtsanwalt Jörg Lindemann</p>

Verband	Vorsitzender	Geschäftsführer
<p>Rheinischer Unternehmerverband Steine und Erden e.V. Engerser Landstraße 44 56564 Neuwied Postfach 22 41 56512 Neuwied Tel.: 02631 / 39590 Fax: 02631 / 28810 e-mail: woerner@ruv-ste.de</p>	<p>Hermann-Josef Görges Joseph Raab GmbH & Cie. KG Gladbacher Feld 5 56566 Neuwied Postfach 22 61 56512 Neuwied Tel.: 02631 / 913108 Fax: 02631 / 913162</p>	<p>Assessor Ludwig Wörner</p>
<p>Verband der Schuhindustrie in Rheinland-Pfalz e.V. Exerzierplatzstraße 3 66953 Pirmasens Postfach 28 24 66934 Pirmasens Tel.: 06331 / 13056 Fax: 06331 / 91366 e-mail: vds-ps@t-online.de Internet: www.schuhindustrie.de</p>	<p>Dipl.-Ing. Hans Jürg Keller Geschäftsführer Peter Kaiser GmbH Schuhfabrik Lemberger Straße 46 66955 Pirmasens Postfach 20 64 66928 Pirmasens Tel.: 06331 / 7160 Fax: 06331 / 716196</p>	<p>Rechtsanwalt Dr. Peter Neumann</p>
<p>Verband der Textil- und Bekleidungsindustrie Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852221 e-mail: info@verband-textil-bekleidung.de Internet: www.verband-textil-bekleidung.de</p>	<p>Ernst-Albert Holzapfel Geschäftsführer Der moderne Sportbedarf GmbH Berliner Straße 5 37269 Eschwege Tel.: 05651 / 3353103 Fax: 05651 / 33353123 e-mail: e.a.holzapfel@dms-reitsport.de</p>	<p>Rechtsanwalt Thomas Gans</p>
<p>Industrieverbände Neustadt an der Weinstraße e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852265 e-mail: infos@ivn.de Internet: www.ivn.de</p>	<p>Dr. Eduard Kulenkamp Gebr. Pfeiffer AG Barbarossastraße 50-54 67655 Kaiserslautern Postfach 30 80 67618 Kaiserslautern Tel.: 0631 / 4161104 Fax: 0631 / 4161103</p>	<p>Rechtsanwalt Werner Simon</p>

Verband	Vorsitzender	Geschäftsführer
Fachverband Ziegelindustrie Südwest e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852290 e-mail: vse@verband-steine-erden.de	Matthias Rimmele Ziegelwerk G. Rimmele KG Riedlinger Straße 49 89584 Ehingen Tel.: 07391 / 50080 Fax: 07391 / 500833 e-mail: info@rimmele.de Internet: www.rimmele.de	Rechtsanwalt Heinrich Klotz
Vereinigung der Arbeitgeberverbände Verkehrsgewerbe Rheinland-Pfalz e.V. (VAV) Moselring 11 56073 Koblenz Postfach 20 14 31 56014 Koblenz Tel.: 0261 / 494330 Fax: 0261 / 494339 e-mail: hwrichter@vdv-rheinland.de	Dipl.-Kfm. Peter Oedekoven Martin Becker GmbH & Co. KG Kölner Straße 78 57610 Altenkirchen Postfach 11 26 57601 Altenkirchen Tel.: 02681 / 95170 Fax: 02681 / 951730	Hans Wilfried Richter

Folgende Verbände bilden die VAV:

Verband	Vorsitzender	Geschäftsführer
Verband des Verkehrsgewerbes Rheinland e.V. Moselring 11 56073 Koblenz Postfach 20 14 31 56014 Koblenz Tel.: 0261 / 494330 Fax: 0261 / 494339 e-mail: hwrichter@vdv-rheinland.de Internet: www.vdv-rheinland.de	Werner Neukirchen Geschäftsführender Gesellschafter Josef Neukirchen GmbH & Co. KG Wiesenweg 17-19 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler Tel.: 02641 / 949915 Fax: 02641 / 949949	Hans Wilfried Richter
Verband des Verkehrsgewerbes Rheinhessen-Pfalz e.V. Lauterstraße 17 67657 Kaiserslautern Tel.: 0631 / 371610 Fax: 0631 / 3716111 e-mail: mail@vvrp.com Internet: www.vvrp.com	Claudia Deubel Verband des Verkehrsgewerbes Rheinhessen-Pfalz e.V. Lauterstraße 17 67657 Kaiserslautern Tel.: 0631 / 371610 Fax: 0631 / 3716111	Rechtsanwalt Heiko Nagel

Verband	Vorsitzender	Geschäftsführer
Omnibusverband Süd-West e.V. Postfach 12 51 76850 Annweiler Tel.: 06346 / 929283 Fax: 06346 / 929284	Rolf Schilling Postfach 12 40 76850 Annweiler Tel.: 06346 / 929283 Fax: 06346 / 929284 e-mail: schilling-wernersberg@t-online.de	Rolf Schilling
Arbeitgeberverband Spedition und Logistik Rheinland-Pfalz e.V. Königsberger Straße 29 60487 Frankfurt /Main Tel.: 069 / 9708110 Fax: 069 / 6776356 e-mail: roell@slv-spediteure.de	Dietmar Brachat Becker-Schotpoort Logistics GmbH Hinter dem Turm 3 55286 Wörrstadt Tel.: 06732 / 94470 Fax: 06732 / 944744 e-mail: dietmar.brachat@becker-woerrstadt.de	Rechtsanwalt Thomas A. Röll

**Über die Industrieverbände Neustadt an der Weinstraße e.V.
angeschlossenen Verbände**

Verband	Vorsitzender	Geschäftsführer
<p>Verband Feuerfest Ton- und Klebsandgruben der Pfalz Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852290 e-mail: vse@verband-steine-erden.de</p>	<p>Dipl.-Ing. Walter Steiner Geschäftsführer Eisenberger Klebsandwerke GmbH Bahnhofstraße 16 67304 Eisenberg Postfach 12 20 67299 Eisenberg Tel.: 06351 / 4090 Fax: 06351 / 409170</p>	<p>Rechtsanwalt Heinrich Klotz</p>
<p>Verband der Nahrungsmittel-Industrie für die Pfalz e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11-13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852221</p>	<p>Dipl.-Brennm. Mathias Berkel Berkel Unternehmungen GmbH & Co. KG Erbachstraße 18 67065 Ludwigshafen Postfach 15 02 80 67027 Ludwigshafen Tel.: 0621 / 5495911 Fax: 0621 / 5495959</p>	<p>Rechtsanwalt Thomas Gans</p>
<p>Verband der Rheinland-Pfälzischen Säge- und Holzindustrie e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 852-217 u. 220 Fax: 06321 / 88955 e-mail: info@ho-ku.de</p>	<p>Heinz Hermes M. Hermes Holz GmbH Postfach 11 54589 Stadtkyll Tel.: 06597 / 95300 Fax: 06597 / 953030 e-mail: hermes-holz@t-online.de</p>	<p>Rechtsanwalt Gerhard Koch</p>
<p>Verband der Transportbeton- und Mörtelindustrie Hessen - Rheinland-Pfalz e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852290 e-mail: vse@verband-steine-erden.de</p>	<p>Michael Hampel Geschäftsführer Heidelberger Beton GmbH Berliner Straße 10 69120 Heidelberg Tel.: 06221 / 4819612 Fax: 06221 / 481119612 e-mail: dorothea.todt@heidelbeton.de Internet: www.heidelberger-beton.de</p>	<p>Rechtsanwalt Heinrich Klotz</p>

Verband

Industrieverband
Steine und Erden e.V. (VSE)
Neustadt/Weinstraße
Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13
67433 Neustadt /Weinstr.
Postfach 10 10 62
67410 Neustadt /Weinstr.
Tel.: 06321 / 8520
Fax: 06321 / 852290
e-mail: vse@verband-steine-erden.de
Internet: www.verband-steine-erden.de

Vorsitzender

Dr. Werner Grieshaber
Gebr. Grieshaber GmbH & Co. KG
Unteres Rheinufer 39
67061 Ludwigshafen
Postfach 21 05 69
67005 Ludwigshafen
Tel.: 0621 / 590060
Fax: 0621 / 5900658

Geschäftsführer

Rechtsanwalt
Heinrich Klotz

Fachabteilungen VSE:

Kies und Sand
Hessen- Rheinland-Pfalz

Rudolf Sehring
Sehring Sand & Kies GmbH & Co. KG
Postfach 16 27
63206 Langen
Tel.: 069 / 697010
Fax: 069 / 693450
e-mail: Htieber@sehring.de

Rechtsanwalt
Heinrich Klotz

Naturstein

Willi Kuhn
Gebr. Kuhn GmbH
Im Kieswerk
76777 Neupotz
Tel.: 07272 / 92890
Fax: 07272 / 929840
e-mail: Gebr.Kuhn.GmbH@t-online.de

Rechtsanwalt
Heinrich Klotz

Naturwerkstein

Dipl.-Ing. Christine Müller-Hofstätter
Natursandsteinwerk Konrad Müller GmbH
Eselsfürth 2
67657 Kaiserslautern
Tel.: 0631 / 40105
Fax: 0631 / 44922
e-mail: konrad-mueller-gmbH@t-online.de

Rechtsanwalt
Heinrich Klotz

Recycling-Baustoffe
Hessen - Rheinland-Pfalz

Gerhard Keil
Karl Brück Hoch- und Tiefbau
GmbH & Co. KG
Wasserstraße 76
35447 Reiskirchen
Tel.: 06408 / 95440
Fax: 06408 / 64111

Rechtsanwalt
Heinrich Klotz

LAVA

Karl Rheinard
H. W. Schmitz Lava GmbH & Co. KG
Rennweg 64-66
56626 Andernach
Tel.: 02632 / 92730
Fax: 02632 / 48806

Rechtsanwalt
Heinrich Klotz

Einzelmitglieder

Coface
Kreditversicherung AG
Isaac-Fulda-Allee 1
55124 Mainz
Postfach 12 09
55002 Mainz
Tel.: 06131 / 3230
Fax: 06131 / 372766
e-mail: info@coface.de
Internet: www.ak-coface.de

TWE Dierdorf GmbH & Co. KG
Poststraße 29
56269 Dierdorf
Postfach 12 51
56264 Dierdorf
Tel.: 02689 / 920
Fax: 02689 / 926110
e-mail: info@vliesstoffe-dierdorf.de
Internet: www.vliesstoffe-dierdorf.de

LOHMANN GmbH & Co. KG
Irlicher Straße 55
56567 Neuwied
Postfach 14 54
56504 Neuwied
Tel.: 02631 / 346881
Fax: 02631 / 346697
e-mail: info@lohmann-gruppe.de
Internet: www.lohmann-gruppe.de

Schott AG
Hattenbergstraße 10
55122 Mainz
Postfach 24 80
55014 Mainz
Tel.: 06131 / 660
Fax: 06131 / 662000
Internet: www.schott.com

LTS Lohmann
Therapie-Systeme AG
Lohmannstraße 2
56626 Andernach
Postfach 15 25
56605 Andernach
Tel.: 02632 / 990
Fax: 02632 / 992200
e-mail: ltsgroup@ltslohmann.de
Internet: www.ltslohmann.com

Schott Music
GmbH & Co. KG
Weihergarten 5
55116 Mainz
Postfach 36 40
55026 Mainz
Tel.: 06131 / 2460
Fax: 06131 / 246211
e-mail: info@schott-musik.de
Internet: www.schott-music.com

Lohmann & Rauscher GmbH & Co. KG
Irlicher Straße 55
56567 Neuwied
Postfach 23 43
56513 Neuwied
Tel.: 02634 / 990
Fax: 02634 / 996467
e-mail: info@de.LRmed.com
Internet: www.lohmann-rauscher.com

Rechnungsprüfer

Rudolf Bödige

Alleinvertretender Geschäftsführer
mzm Medienzentrums Mainz
Rudolf Bödige GmbH
Rilkeallee 52
55127 Mainz
Tel: 06131 / 932978
Fax: 06131 / 932979
e-mail: r.boedige@mzm-mainz.de

Helmut Kempf

Delphi Deutschland GmbH
An den Nahewiesen 16 - 18
55450 Langenlonsheim
Tel.: 06704 / 912222
Fax: 06704 / 912180
e-mail: helmut.kempf@delphi.com

Ausschuss für Energiefragen

Dr. Rolf Gößler

Karl Otto Braun KG
Postfach 11 40
67751 Wolfstein

Michael Zypra

Heidelberger Zement AG
Werk Mainz-Weisenau
Postfach 26 11 64
55057 Mainz

Markus Mann

Geschäftsführer
Emil Mann GmbH & Co. KG
Internationale Fachspedition
Schulweg 8 - 14
57520 Langenbach

Peter Leifgen

Dyckerhoff AG
Werk Neuwied
Postfach 14 43
56504 Neuwied

Dr. Klaus Werth

Elektrizitätswerk
Rheinhessen AG
Lutherring 5
67547 Worms

Geschäftsführung:

Rechtsanwalt Dieter Burger

© 2006

Herausgegeben von der Landesvereinigung
Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU)
Hindenburgstraße 32, 55118 Mainz
Postfach 2966, 55019 Mainz
Tel.: (06131) 5575-0
Fax: (06131) 557539
Internet: <http://www.lvu.de>
E-Mail: contact@lvu.de

